A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Abend-Ausgabe

Preis 30 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Mittwoch, 12. Oktober 1921

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal mit folgenden Beilagen: Sonntags: Bilder-Chronik, Unterhaltungsblatt, Sportblatt, Kraft und Stoff, Schutzverkehr, Reisen und Wandern; Dienstags: Illustriertes Sportblatt, Unterhaltungsblatt, Wirtschaft und Recht; Mittwochs: Bilder-Chronik, Sportblatt, Unterhaltungsblatt; Donnerstags: Sportblatt, Leben und Lernen, Unterhaltungsblatt; Freitags: Illustrierte Moden-Chronik, Sportblatt, Unterhaltungsblatt; Sonnabends: Illustriertes Sportblatt, Frau und Welt, Unterhaltungsblatt.

Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32; Fernspr.: Nollendorf 4783-88. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32; Fernspr.: Nollendorf 6980-88. Postscheck: Berlin Nr. 107941.

Bezugspreis monatlich „ℳ 12.—, morgens und abends frei ins Haus. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, außerhalb bei der Post. In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung des Entgelts. Anzeigen werden ohne Gewähr für Raum und Stelle in einer bestimmten (Morgen- oder Abend-)Ausgabe entgegengenommen zum Preis von „ℳ 2.— für die 43 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil, bzw. „ℳ 6.— für die 67 mm breite mm-Zeile im Reklameteil. Anzeigen in den illustrierten Beilagen werden nach besonderem Tarif berechnet.

Mittwoch, 12. Oktober 1921 — 60. Jahrg. — Nr. 479 — B 165

Tages-Spiegel.

In London und Paris protestierten die deutschen Botschafter gegen eine Aufteilung des oberschlesischen Industriegebietes.

★

Pariser Blätter erklären, daß die Entscheidung über Oberschlesien im Sinne einer Teilung gefallen ist und heute abend den alliierten Regierungen mitgeteilt werden wird.

★

Angesichts der bevorstehenden Entscheidung über Oberschlesien vertagte der preußische Landtag seine heutige Sitzung auf morgen.

★

Heute wurde in Genedig die Konferenz über die Burgenlandfrage eröffnet.

★

Branting übernimmt in dem neuen schwedischen Kabinett das Präsidium und das Ministerium des Aeußern.

★

Der Dollar stieg heute auf 131¼.

Otto von Gierke †.

Geheimer Justizrat D. Dr. Otto von Gierke, der berühmte Rechtslehrer der Berliner Universität, ist am Montag abend in seiner Charlottenburger Wohnung nach langen Leiden gestorben.

Die Trauerfeier findet am Freitag 11 Uhr im Hause Carmerstraße 12 in Charlottenburg statt.

Einer der besten deutschen Männer, einer der hervorragendsten Geister Deutschlands und der Gegenwart, ist mit Otto von Gierke aus den Reihen der Lebenden geschieden. In diesem großen Juristen war nicht bloß die Wissenschaft vom Recht und vom Staat lebendig verkörpert; er war zugleich der treueste Hüter des Erbes ursprünglicher deutscher Rechtsgedanken, die in langen Jahrhunderten unter der Einwirkung romanischer Rechtskultur vergessen, ihm ihre Wiedererweckung und Wiederbelebung verdanken sollten. Sein großes Werk über das deutsche Genossenschaftsrecht, dessen 1. Band 1868 erschien, ist nicht nur aus der Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft, sondern auch der Geschichte des deutschen Rechtlebens, der deutschen Gesetzgebung und Rechtsprechung unserer Zeit gar nicht wegzudenken. Einen Grundbegriff germanisch-deutschen Rechtsdenkens, den Genossenschaftsbegriff, hat er in den Mittelpunkt dieses Werkes gestellt, und die deutschen Körperschaften jeder Art, der Staat, die Kirche, die Gemeinde, die Verbände des Handwerks, des Handels, die Familie nach ihrem Verhältnis zu diesem Zentralbegriff untersucht. Er hat, von der Genossenschaftstheorie seines Lehrers Beseler ausgehend, in diesem Werke nicht bloß als erster das Wesen der Genossenschaftlichkeit, sondern zugleich die Stellung des Einzelnen in der Gemeinschaft, die Einheit in der Vielheit, das Verhältnis von Freiheit und Gebundenheit in der deutsch-rechtlichen Genossenschaft in alle Weiten und Tiefen des Rechtslebens hinein erforscht und dargestellt.

Gierke hat nicht gegögert, die Ergebnisse dieser gewaltigen Arbeit dem geltenden Recht dienstbar zu machen. Das geschah zuerst in dem Buche: „Die Genossenschaftstheorie und die deutsche Rechtsprechung" (1887), dann aber in seiner Aufsehen erregenden Kritik des Entwurfs zum Bürgerlichen Gesetzbuch, schließlich in seinem großen Werk über „Deutsches Privatrecht" (seit 1895). Auf diese Werke in erster Linie ist die Durchdringung des heutigen deutschen bürgerlichen Rechts mit deutschen Rechtsgedanken zurückzuführen. Seine tiefen rechtsphilosophischen Kenntnisse und Ideen, deren Denkmal z. B. im „Deutschen Genossenschaftsrecht" eine Darstellung der Staatstheorie seit dem Mittelalter ist, hat der Begründer der organischen Staatstheorie auch dem vielbewunderten Werke über „Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorie" zuteil werden lassen.

Als Rechtslehrer war Gierke aufs engste mit der deutschen Reichshauptstadt verwachsen. Der geborene Pommer — ein Sohn des 48er Ministers und späteren Gerichtspräsidenten Julius Gierke — habilitierte sich hier im Jahre 1867. Hierher kehrte er 1887, nachdem er eine Reihe von Jahren in Breslau und Heidelberg tätig gewesen war als Nachfolger Beselers zurück. Von hier aus wirkte er — allzeit bis in sein höchstes Alter ein freiheitlicher Geist — als einer der Führer der Deutschen Juristentages, als Vorsitzender der Juristischen Gesellschaft, im Verein für Sozialpolitik, in der Fakultät und in der Presse. Hier erhielt er im Jahre 1911 den preußischen Adelsstand. Hier beging er am 11. Januar dieses Jahres die Feier seines 80. Geburtstages. Die Liebe und Verehrung, die ihm damals in zahllosen Kundgebungen der Kollegenschaft, der Presse, ja des ganzen gebildeten Deutschlands zuteil wurde, wird dem hervorragenden Manne, dessen Bild wir in ungeschwächter Erinnerung tragen, auch nach seinem Tode erhalten bleiben.

A. M.

Krieg im Frieden.

Tokio, 12. Oktober. (E. C.) Das russische Kanonenboot „Batavia", welches die Flagge der Regierung von Wladiwostok gehißt hatte, hielt am letzten Freitag den englischen Dampfer „Glasgow Mariner" in der Nähe von Japan an und forderte von ihm die Auslieferung von 700 Tonnen Lebensmitteln. Der britische Dampfer hißt in den Farben. Die „Batavia" eröffnete das Feuer auf den englischen Dampfer, wurde dann aber von zwei Kanonenbooten verjagt.

Die Konferenz für Besatzungskosten.

Paris, 12. Oktober. (W. T. B.) Nach der „Chicago Tribune" soll die alliierte Konferenz für die Regelung der Besatzungskosten nunmehr doch in Brüssel abgehalten werden und zwar am 17. Oktober. Briand wird den Vorsitz führen und den Vorschlag machen, die Besatzungskosten jeweils in kürzesten Zeitabständen zu berechnen nach dem Durchschnittskurs der einzelnen Länder.

Entscheidung in Genf gefallen.

Telegramme aus Oberschlesien.

Vom Deutschen Ausschuß.

Kattowitz, 11. Oktober. (W. T. B.)

Der Deutsche Ausschuß für Oberschlesien hat heute ein Telegramm an den Reichskanzler Dr. Wirth gesandt, in dem es u. a. heißt:

Mit steigender Beunruhigung hat der Deutsche Ausschuß von den Nachrichten aus Genf Kenntnis genommen. Wir rufen in letzter Minute noch einmal das Reich an. Das Zentrum, die demokratische und die sozialdemokratische Partei Oberschlesiens haben von sich aus dem Reichskabinett ihren Standpunkt selbständig dargelegt, daß sie ein Verbleiben ihrer Parteivertreter im Kabinett einer solchen Entscheidung gegenüber für unverantwortlich halten. Wenn der Völkerbundsrat nicht wagen will, Recht Recht bleiben zu lassen, so müssen wir es von uns weisen, Gegenstand irrsinniger politischer und wirtschaftlicher Experimente zu sein.

Wir fordern unser Recht, wir fordern aber auch von dem Reich, daß es unser Recht verfechte, ohne Rücksicht darauf, ob dem einzelnen hier vielleicht schwere Tage bevorstehen mögen. Reichskanzler werde hart! Wir sind ob!

Der Deutsche Ausschuß für Oberschlesien.
gez. Dr. Lukaschek.

Von den Deutschnationalen.

Breslau, 11. Oktober. (W. T. B.) Aus Oberschlesien wird gemeldet: Der Landesvorstand Oberschlesien der Deutschnationalen Volkspartei hat heute ein Telegramm an den Reichskanzler gerichtet, worin es heißt:

Wir fordern den Herrn Reichskanzler in letzter Stunde auf, jede Vergewaltigung des deutschen Oberschlesiens unter allen Umständen abzulehnen. Niemals darf das Deutsche Reich zugeben, daß wir um die Früchte dieses Sieges, um unser freies Selbstbestimmungsrecht betrogen werden. Wir stellen uns hinter jede Maßnahme der Reichsregierung, die geeignet ist, Oberschlesien ganz und ungeteilt dem Reiche zu erhalten.

Von der Sozialdemokratischen Partei.

Kattowitz, 11. Oktober. (W. T. B.) Die Sozialdemokratische Partei Oberschlesiens hat ein Telegramm an den sozialdemokratischen Parteivorstand Berlin gesandt, in dem gesagt wird:

Die kommende Entscheidung soll entscheiden, unser Recht und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Landes und seiner Bevölkerung nicht berücksichtigen, sondern der französisch-polnischen Allianz Rechnung tragen. **Für die katastrophalen Folgen einer solchen Entscheidung können weder der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund noch die Sozialdemokratische Partei Oberschlesiens die Verantwortung übernehmen.** Die in der Sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens organisierten Mitglieder stellen deshalb an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands das dringende Ersuchen, die sozialdemokratischen Mitglieder der deutschen Reichsregierung zu beauftragen, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der oberschlesischen Frage ihre Aemter im Reichskabinett niederzulegen.

Von den Deutsch-Demokraten.

Kattowitz, 11. Oktober. (W. T. B.) Die Deutsche demokratische Partei Oberschlesiens hat heute an den Reichskanzler ein Telegramm gesandt, in dem sie sagt:

Wird der Sachverständigenvorschlag zur Tatsache, so fordern wir von der Reichsregierung, in völliger Erkenntnis der für die abgetretenen Gebiete erwachsenden Folgen, die unbedingte Ablehnung der Anerkennung der gestaunten rechts- und vernunftwidrigen Lösung. Wir können uns keine deutsche Regierung vorstellen, die diesen offenbaren Rechtsbruch anerkennen würde. Wenn der Völkerbundsrat das Recht beugen will, dann muß er allein die Verantwortung für die Verwüstung der kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Werte Oberschlesiens tragen, die es einzig und allein Deutschland zu verdanken hat.

Vom Zentrum.

Kattowitz, 11. Oktober. (W. T. B.) Die katholische Volkspartei (Zentrum) Oberschlesiens beschloß heute an den Reichskanzler:

Die Durchführung einer Teilung Oberschlesiens, die die tatsächlichen Verhältnisse ganz außer acht läßt, würde den Wirtschaftsleben Oberschlesiens und eine dauerte friedlicher Beziehungen des europäischen Friedens sein. Wir erwarten eine alsbaldige Erklärung der Reichsregierung, daß eine solche Entscheidung unannehmbar wäre und den sofortigen Rücktritt des Kabinetts zur Folge hätte.

Kundgebung in Breslau.

Breslau, 11. Oktober. (W. T. B.) Die Stadt Breslau ruft ihre gesamten Einwohner angesichts der großen Beunruhigung durch die Genfer Nachrichten für Freitag, nachmittag 4 Uhr, zu zwei großen Kundgebungen auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle auf. Es werden voraussichtlich Redner aller Parteien und Berufsverbände sprechen. An sämtliche Geschäftsinhaber, industrielle Unternehmungen und Behörden wird der Aufruf ergehen, ihren Arbeitern, Angestellten und Beamten die Teilnahme an den Kundgebungen zu ermöglichen und die Betriebe möglichst um 3 Uhr nachmittags zu schließen.

Französische Schmuggler verhaftet.

R. Mainz, 12. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die französische Gendarmerie verhaftete zwei französische Großkaufleute, die während der Zeit der „Sanktionen" einen umfangreichen Warenschmuggel über die Westgrenze in der Weise betrieben hatten, daß sie an die kontrollierten französischen Heereszüge Waggons mit Schmuggelwaren anhängen ließen.

General Rollet bleibt in Berlin.

Paris, 11. Oktober. (W. T. B.) Der Divisionsgeneral Rollet, der Vorsitzende der Interalliierten Militär-Kontrollkommission in Deutschland, der an Stelle des Divisionsgenerals Nivelle zum Mitglied des Obersten Kriegsrates ernannt wurde, behält seine gegenwärtige Tätigkeit bei.

Die Zerstückelungspläne.

Die durch die Nachrichten über die bevorstehende ungünstige Entscheidung des Völkerbundsrats entstandene Lage hat auch in den heutigen Mittagsstunden noch keine Klärung erfahren. Zuverlässige Mitteilungen über das Gutachten des Völkerbundsrats liegen auch jetzt noch nicht vor. Allem Anschein nach wird die Stellungnahme des Völkerbundes im Laufe des heutigen Tages endgültig festgelegt werden. Es ist aber anzunehmen, daß das Gutachten des Völkerbundsrates spät veröffentlicht werden wird, wenn es dem Obersten Rat zur Prüfung vorgelegen hat.

Das Reichskabinett, das gestern abend 7½ Uhr die Sitzung abgebrochen hatte, ist heute morgen kurz nach 9 Uhr wieder zusammengetreten, um über die Konsequenzen zu beraten, die sich ergeben würden, wenn die Entscheidung über Oberschlesien tatsächlich so fallen würde, wie es nach den bisher vorliegenden privaten Nachrichten den Anschein hat. Das Kabinett hat um 11½ Uhr die Beratungen abgebrochen, ist aber bereits um 12 Uhr wieder zu einer neuen Sitzung zusammengetreten.

Sehen aus den Dauerberatungen des Kabinetts ergibt sich der Ernst der Lage, der sich auch in der Presse deutlich widerspiegelt. Es wird die Frage erörtert, ob das Kabinett bereits jetzt seinen Rücktritt erklären solle oder, ob es damit warten solle, bis die endgültige Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens gefallen ist. Es wird über Unstimmigkeiten im Kabinett berichtet; es heißt es, daß der Reichskanzler, der Außenminister usw. für sofortigen Rücktritt seien, während die sozialdemokratischen Minister erst noch eine abwartende Haltung einnehmen wollten. Es handelt sich hier durchweg um Gerüchte, die stets die Folge so aufgeregter Tage sind, die aber einer sicheren Grundlage entbehren, da über die Verhandlungen des Kabinetts das strengste Stillschweigen bewahrt wird.

Verlautet ist der Ausnützige Ausschuß des Reichstages noch nicht einberufen, auch ist aber eine frühere Einberufung des Reichstages selbst eine Entscheidung noch nicht herbeigeführt. Es ist möglich, daß noch im Laufe des heutigen Tages weitere Beschlüsse gefaßt werden wird.

Der preußische Landtag hat die heutige Sitzung auf morgen vertagt, weil die bürgerlichen Parteien der Auffassung waren, daß der jetzige Augenblick zur Austragung der auf der Tagesordnung stehenden innerpolitischen Streitigkeiten sich nicht eigne.

— r.

„Die beste Lösung!"

Paris, 12. Oktober. (W. T. B.)

Die meisten Blätter erklären heute vormittag, **daß die Entscheidung in Genf gefallen ist und daß der Völkerbundsrat sie heute abend dem verzeigten Vorsitzenden des Obersten Rates, Briand, mitteilen wird. Die Entscheidung des Völkerbundsrates wird jedenfalls Ende dieser Woche bekannt gegeben werden.**

Paris, 12. Oktober. (W. T. B.) **„Echo de Paris" schreibt und der brasilianische Vertreter da Cunha hatte es dem Vertreter des „Matin" bestätigt, daß die Arbeit des Völkerbundsrates beendet ist. Nach „Echo de Paris" wird mit Annahme von Kattowitz und Königshütte das gesamte Industriegebiet Deutschland zugesprochen. Die wirtschaftliche Einheit soll durch eine Internationale Kommission aufrechterhalten bleiben. Da Cunha erklärte den Vertreter des „Matin": Wir sind froh über die Abgeschlossenheit des Rates, den wir dem Obersten Rate gegeben haben. Wir sind sicher, die beste Lösung vorgeschlagen zu haben.**

„Petit Parisien" bestätigt die Meldung „Echo de Paris" und erklärt, daß außer den Kreisen Pleß und Rybnik die Bezirke Kattowitz und Königshütte Polen zugesprochen werden, und daß während einer Uebergangsperiode die wirtschaftliche Einheit des Landes aufrechterhalten werden soll.

Hierzu meldet (E. C.):

In den Wunsch, zu einem Beschluß zu kommen, hat die Konferenz am Montag vier Sitzungen abgehalten, von denen die letzte sich bis nach Mitternacht hinzog. Als sie ihre Arbeiten beendet hatte, berief sie die vier übrigen Mitglieder im Völkerbundsrate, nämlich den Grafen Ishii, Balfour, Bourgeois und den Marquis Imperiali. Darauf trat der Völkerbundsrat zweimal zu geheimer Sitzung zusammen. Wellington Koo, Hymans, Da Cunha und Quiñones de Léon verlasen nun die verschiedenen Paragraphen und erläuterten die vorgeschlagene Lösung. In dem kleinen Hause in der Avenue Maurice Monnier hat der Rat des Völkerbundes den Teilungsplan über Oberschlesien einstimmig gebilligt.

Mitteilung an die Alliierten.

Paris, 11. Oktober. (W. T. B.) Die Agence Havas meldet: Es ist wahrscheinlich, daß der Völkerbundsrat morgen seine Entscheidung in der oberschlesischen Frage den alliierten Regierungen mitteilen wird. Diese werden die Entscheidung noch einige Tage lang geheimhalten, um der Interalliierten Kommission zu ermöglichen, alle zweckdienlichen Maßnahmen vor der Bekanntmachung der Grenze zu ergreifen. Es ist unwahrscheinlich, daß vor Beginn der nächsten Woche die Hauptmächte, die im Obersten Rat vertreten sind, die Entscheidung Polen und Deutschland durch Briand bekanntgeben werden.

Nach dem „Journal des Débats" ist es wenig wahrscheinlich, daß der Oberste Rat zusammentreten müsse, um die Entscheidung des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage zur Kenntnis zu nehmen und sich für oder das vom Völkerbunde abgegebene Gutachten auszusprechen.

Der Protest der deutschen Botschafter.

Paris, 12. Oktober. (E. C.)

Der deutsche Botschafter in London, Dr. Sthamer, und der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, entsiegelten sich gestern ihrer Aufträge auf dem Quai d'Orsay bzw. im Foreign Office und legten Protest gegen eine Aufteilung des oberschlesischen Industriegebietes ein.

Dem „Echo de Paris" zufolge führte Dr. Mayer aus, daß der Versailler Friedensvertrag die Teilung des oberschlesischen Gebietes nicht gestatte. Wenn aber dem Rechte Deutschlands Gewalt angetan werden sollte, könne das Kabinett Wirth nicht weiter in seiner persönlichen Fassung bekarren und das Kabinett von Wiesbaden, die Abrüstung usw. würden hinfällig werden. Dr. Mayer habe auch von der Möglichkeit einer Demission des Kanzlers gesprochen.

Ueber die Besprechungen des deutschen Botschafters in London, Dr. Sthamer, mit Lord Curzon erfährt der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien", daß der deutsche Botschafter auf die Gefahr hingewiesen habe, die die Regierung Wirth laufe, wenn den gerechten Ansprüchen Deutschlands auf Oberschlesien nicht Genugtuung widerfahre. Dem „Petit Parisien" zufolge hätte Lord Curzon die Unterredung kurz abgebrochen und dem deutschen Botschafter ohne Zweideutigkeit erklärt, daß die englische Regierung gebalbig die Entscheidung des Völkerbundsrats erwarte und in dieser Angelegenheit weder eine Aufgabe kenne, nämlich die vollkommene Durchführung der Entscheidung in Gemeinschaft mit den Alliierten.

★

Der Bericht der französischen Blätter macht einen durchaus tendenziösen Eindruck. Das dürfte namentlich gelten von dem Empfang des Botschafters Sthamer durch Lord Curzon. Als völlig ausgeschlossen muß es gelten, daß der Botschafter Dr. Mayer erklärt habe, daß die Abrüstung hinfällig werden würde, wenn dem Rechte Deutschlands in der oberschlesischen Frage Gewalt angetan werden sollte. Es trifft zu, daß der Botschafter Sthamer eine Unterredung mit Lord Curzon und der Botschafter Mayer eine Aussprache mit dem französischen Ministerpräsidenten Briand gehabt haben. Es ist selbstverständlich, daß die beiden Botschafter noch einmal nachdrücklich den Standpunkt der deutschen Regierung in der oberschlesischen Frage dargelegt und auf die nachteiligen Folgen hingewiesen haben, die eine ungerechte Entscheidung bezüglich Oberschlesiens für die innere und Außenpolitik Deutschlands haben müßten.

Frankreich und das Kabinett Wirth.

Paris, 12. Oktober. (E. C.)

Die französische Presse erklärt zur oberschlesischen Angelegenheit, daß für Deutschland keine Hoffnung bestehe, den bereits gefaßten Beschluß des Völkerbundsrates irgendwie noch in letzter Stunde beeinflussen zu können. Wenn die Regierung Wirth ihre Demission gehen wolle, so würde man ihr in Paris nicht viel Tränen nachweinen. Denn sie beweise durch ihre Demission, wie das „Petit Journal" ausführt, daß sie entweder schwach sei oder aus Berechnung handle. Wenn das Kabinett Wirth nicht in der Lage wäre, jetzt die öffentliche Meinung in Deutschland so zu beeinflussen, daß sie die Entscheidung über Oberschlesien ruhig hinnehme, dann könnte man sich in Frankreich über das Verschwinden dieser Regierung trösten, weil man ihr wegen der Durchführung anderer eingegangener Verpflichtungen kein Vertrauen entgegenbringen könne. Das „Petit Journal" glaubt nicht, daß die Regierung Wirth wirklich so schwach sei, wie sie sich stelle. Durch Demissionsdrohungen hofften die Mitglieder der Regierung Wirth die Alliierten zu bewegen, um sich dadurch den Beifall der Deutschen Volkspartei zu gewinnen. Der „Matin" gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Kabinett Wirth sehr wohl gewußt habe, daß Deutschland das oberschlesische Industriegebiet niemals zufallen würde. Demnach habe die Regierung Wirth in dieser Hinsicht im Volke unerfüllbare Hoffnungen genährt.

England und Frankreich unterwerfen sich dem Spruch.

I. N. S. London, 12. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Das englische Auswärtige Amt erklärt das in Genf getroffene Urteil, wonach England beabsichtigen soll, einer den Polen günstige Lösung der oberschlesischen Frage Widerstand entgegenzusetzen, für durchaus unbegründet. **Amtlich wird erklärt, Briand und Lloyd George hätten sich darüber verständigt, daß die vom Völkerbund erfolgte Entscheidung von beiden Mächten erfüllt werden soll.** Amtlich wird ferner hier betont, daß jeder seitens Deutschlands unternommene Versuch, der Entscheidung des Völkerbundes mit Gewalt entgegenzutreten, ebenfalls mit Gewalt verhindert werden soll.

Das Sterben der russischen Jugend.

Kopenhagen, 11. Oktober. (W. T. B.) Wie „Politiken" aus Riga gemeldet wird, herrscht die Hungersnot in Rußland immer mehr Opfer, besonders unter den Kindern. In Samara-Gebiet verlassen die Eltern massenhaft ihre Kinder, töten diese sogar in vielen Fällen, um die notwendigen Lebensmittel für sich zu behalten. In einem Zug, der mit 700 Kindern von Moskau abfuhr, befanden sich bei der Ankunft in Petersburg nur noch 300, 200 Kinder waren unterwegs gestorben und 200 mußten infolge schwerer Erkrankungen unterwegs zurückgelassen werden.

Die Konferenz in Venedig.

Eigene Drahtmeldung.

Rp. Rom, 12. Oktober.

An der heute eröffneten Konferenz in Venedig nehmen unter anderem teil: Marchese della Torretta nicht seinem Kabinettschef, als Vertreter Ungarns Graf Bethlen und Minister Banffy und der ungarische Gesandte in Rom Graf Rennesch, für Oesterreich Kanzler Schober und der Gesandte in Rom Mirabelmeda und General Ferrario, Mitglied der italienischen Militärmission in Wien. Die Sitzungen finden statt im Palazzo Cornaro, dem Prachtbau Sansovinos am Canale Grande.

Große Pforte der Kleinen Entente.

Belgrad, 12. Oktober. (E. C.) Die gesamte Presse beschäftigt sich ausführlich mit der Konferenz in Venedig und konstatiert, daß die Beschlüsse dieser Konferenz für die Staaten der Kleinen Entente nicht bindend sein können, da der Zweite Teil dieser Konferenz ohne Vorbesprechungen mit den Staaten der Kleinen Entente einberufen hat. Der Ministerrat beschäftigte sich ausführlich mit der Venediger Konferenz und beschloß, zwecks der Ablehnung derselben abzumarschieren. Es wurde jedoch bereits festgestellt, daß diese Politik des Obersten Rates den Staaten der Kleinen Entente gegenüber unkorrekt war.

Die südslawische Regierung hat den Vertretern der Großmächte eine Note überreicht über die ungarischen Greueltaten in den evakuierten Gebieten in Banatya. Auch der englische Gesandte in Belgrad hat im gleichen Sinn interveniert und ein für die ungarische Regierung belastendes Material vorgelegt. Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Oberste Rat eine Zeitkommission gebildet, die aus je einem diplomatischen und einem militärischen Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens besteht und nach Banatya reisen wird, um die Beschuldigungen der südslawischen Regierung zu prüfen. Diese Kommission wird eine Untersuchung im Burgenlande vornehmen.

★

Budapest, 11. Oktober. (W. T. B.) Die Reparationskommission der Entente, deren Präsident der französische Oberst Barès ist, hat in Ungarn 110 Flugzeuge und 73 Motoren beschlagnahmt, eine Ziffer, welche die gesamte Militärflugzeugausrüstung einschließlich der Handelsfahrzeuge in sich begreift.

Sanierung der österreichischen Finanzen.

Eigene Drahtmeldung.

Kbg. Wien, 11. Oktober.

Der Finanzminister hat heute im Finanzausschuß des Nationalrats den bereits angekündigten Finanzplan zur inneren Sanierung erörtert. Es bestätigt sich die frühere Meldung, daß alle finanziellen Zwangsmaßnahmen unterbleiben und weder eine Notenemission noch eine Depotpferre oder Zwangsanleihe stattfindet. Die Regierung wird eine innere Anleihe aufnehmen, welche von England garantiert werden dürfte. Ferner werden durch strenge Bestimmungen sämtliche Steuerrückstände zu bezahlen, Bezahlung ihrer rückständigen und laufenden Steuern gezwungen werden. Auf Steuerrückstände werden hohe Verzugsgebühren ausgeschrieben. Schließlich werden neue Steuern, die speziell die Agrarier treffen sollen, und eine Novellierung der Personaleinkommensteuer verfügt werden und verschiedene Steuerreformen erfolgen. In das neue Finanzprogramm gehört auch der unter der Garantie der Wiener Banken aufgenommene 250 Millionen Markkredit. Der neue Minarbeiter des Finanzministeriums, Bankdirektor Dr. Rosenberg, erhielt den Titel eines Bevollmächtigten Ministers.

Wie I.E. aus Wien meldet, hatten die Wiener Banken und Bankiers gestern eines neuen Anlaufnum des Publikums zu bestehen, das durch Gerüchte über eine bevorstehende Sperre der Konti und Depots sowie über die Absicht einer Zwangsanleihe sehr beunruhigt war und die Herausgabe der eingelegten Gelder und Effekten verlangte. Vor den Schaltern der Banken drängten sich die Massen herum, bis die Beamten kaum imstande waren, ihren Dienstes zu walten. Selbst bekannte Finanzleute und Industrielle bereitigten sich an den Kassen. Erst als in den Nachmittagsstunden die Regierung offiziell verlautbarte, daß sie weder die Konten sperren noch die Kasten abtragen wolle oder ähnliche Zwangsmaßnahmen beabsichtige, trat einigermaßen Beruhigung ein.

Brantings Ministerliste.

Stockholm, 11. Oktober. (W. T. B.) Branting hat dem König folgende Ministerliste vorgelegt: Ministerpräsident und Minister des Aeußern Branting, Wehrminister: P. A. Hanson, Soziales: Herm. Lindquist, Verkehr: Börne, Finanzen: Thorson, Unterricht: Olof Olsson, Landwirtschaft: Sigurd Lindberg, Handel: C. E. Svensson, ohne Portefeuille: Sandler, Rothin und Schlyter.

Japan räumt Sibirien nicht.

P. London, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Ein Telegramm aus Tokio meldet, daß die japanische Regierung die Meinungsverschiedenheit mit Frankreich über die Politik in Indo-China der Washingtoner Konferenz vorlegen wird.

Bezüglich der Antwortnote Chinas an Japan teilen die Tokioer Blätter mit, daß Japan daraus die Konsequenzen gezogen habe und seine Truppen aus Sibirien nicht zurückziehen werde. Auch sei die teilweise Zurückziehung der japanischen Streitkräfte in Korea rückgängig gemacht worden, weil man befürchtet, daß von China neue Bewegungen an der koreanischen Grenze veranlaßt würden, wo sich chinesische Truppenverbände befinden.

Vorbesprechung für Washington.

Washington, 12. Oktober. (E. U.) Hughes hat für Mittwoch die erste Sitzung der amerikanischen Vorbereitung für die Abrüstungskonferenz zusammenberufen.

London, 11. Oktober. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus Wellington (Neuseeland) wollte Walter mit Sir John Salmond Neuseeland auf der Washingtoner Konferenz vertreten werden.

Epilog zu Genf.

Von

Dr. Max Adler-Genf.

„Der zweite Kongreß des Völkerbundes ist eine Enttäuschung gewesen. Mit Ausnahme der Einsetzung des internationalen Gerichtshofes, die jedoch nur die Ausführung eines Beschlusses der vorjährigen Versammlung bedeutete, ist in dieser Session kein Versuch unternommen worden, der dazu hätte dienen können, das Versprechen zu erfüllen, daß Kriege verhindert werden sollen. Alle Versuche, aus dem Pakt Wirklichkeit zu machen, gingen von den Delegierten der kleinen Staaten aus und wurden von den Vertretern der Großmächte verhindert. Alle wichtigen Gegenstände der Tagesordnung wurden vertagt und werden nicht eher zur Diskussion gelangen, als bis die Großmächte es in aller Ruhe beschließen können. Das Interesse an den Arbeiten des Kongresses hat sich ständig vermindert. Seine Beratungen waren immer verworren, häufig langweilig, selten entscheidend."

Mit diesen Worten kennzeichnet der Genfer Korrespondent der „New York World" den Kongreß, der gar noch nicht zu Ende ist, denn man aber deutsch bereits den Epilog, wenn nicht gar den Nekrolog schreiben kann. Wie dann wegen des langen Zögerens um Vertagung, aber eine amerikanische Stimme gilt in diesem Falle vielleicht mehr als eine deutsche. Es wird auch gut sein, wenn man in Deutschland weiß, daß die gesamte amerikanische Oeffentlichkeit, mit ganz verschwindenden Ausnahmen, auf diesen Ton gestimmt ist. Mit Recht. Der Verlauf dieses Kongresses wird von der Presse derjenigen Länder beschädigt werden, deren politisches Interesse in dieser Richtung liegt. Deutschland hat dazu nicht die geringste Veranlassung und man kann also in aller Offenheit aussprechen, daß dieser zweite Kongreß nichts anderes als eine Blamage für den Völkerbund gewesen ist. Eine Entschuldigung dafür ist vorhanden: sie liegt darin, daß sich die Großmächte mit Rücksicht auf die bevorstehende Zusammenkunft von Washington natürlich die größte Zurückhaltung auferlegen mußten und daß das Ganze infolgedessen eine Art Verlegenheitsveranstaltung war, an der alle Beteiligten nur mit offenbarer Unlust teilnahmen. Allein die Tatsache, daß sich das Verhalten dieser Versammlung erklären läßt, kann vom deutschen Standpunkt aus noch kein Grund sein, ihr vollkommenes Mißlingen zu verbergen.

Welches waren die praktischen Ergebnisse dieses Kongresses? Es gibt keine. Es gibt buchstäblich kein einziges. Man müßte den ganzen Verlauf der Verhandlungen rekapitulieren, um zu zeigen, wie bei jeder einzelnen Frage, die auch nur ein wenig von der politische Gebiet kreiste, immer wieder dieselbe Methode angewendet wurde: Vertagung oder Feststellung einer Parteien, die keinen Beschluß zu fassen erlaubt, und schließlich Vertagung. Das Verfahren wurde allmählich so stereotyp, daß es von vielen Delegationen selber peinlich empfunden wurde. Niemand reiste mitten in den Verhandlungen ab und das sagt eigentlich alles. Welcher Unterschied gegenüber dem Vorjahre! Damals wurde der Kampf der Neutralen und der übrigen Nationen — gegen die vor herrschende Stellung der alliierten Großmächte, der ja vorläufig den ganzen Lebensinhalt des Bundes ausmachte, mit Lebhaftigkeit geführt und man konnte für die Zukunft einige Hoffnung hegen. Aber diesmal war der Ansturm der Opposition bereits erlahmt, die Alliierten hatten sich kaum noch veranlaßt zu unterbrechen und als Balfour am letzten Tage der Verhandlungen sogar ganz offen die Notwendigkeit von Geheimverträgen betonte (er sprach von Defensiv-Abkommen, aber was kann man nicht alles unter diesem Begriff zusammenfassen?), da war das eigentlich nichts anderes wie ein Schlag ins Gesicht des Völkerbundes.

Die unerschütterte die Vorherrschaft der alliierten Großmächte innerhalb des Bundes geblieben ist, erkennt man am besten an den Beratungen über Art. 20 des Paktes, der nach der Auffassung der Großmächte die Eintimmigkeit bei allen Veränderungen der Verfassung forderte. Frankreich und Polen gaben in diesem Punkte nach und stimmten einer Interpretation zu, wonach nur Zweidrittelmehrheit notwendig sei. Aber — und hier liegt der Hund begraben — bei dieser Zweidrittelmehrheit müssen sich sämtliche Staaten befinden, die im Rate vertreten sind und da nun die alliierten Großmächte zu den ständigen Mitgliedern des Rats gehören, so kann also doch wieder keine Veränderung des Paktes vorgenommen werden, wenn auch nur eine dieser Großmächte ihre Zustimmung verweigert. Was sieht aus diesem Beispiel als sicherlich kunststücken jede liberale Entwicklung des Paktes verhindert wird. Und was gab es sonst? Die Anträge auf Umgestaltung des Paktes wurden vertagt. Die Aufgabenträge zum Pakte: vertagt. Die Erledigung des Streites zwischen Polen und Litauen: vertagt. In diesem letzteren Falle gestehe es sich, wie gänzlich wirkungslos die moralische Waffe des Bundes ist, ja es hätte nicht viel gefehlt, daß zwei andere Bundesmitglieder, Serbien und Rumänien, während der ganzen Dauer der Versammlung faste fahen, draußen in offenen Krieg miteinander geraten wären. Welche Satire auf den praktischen Wert des ganzen Gerüchts! Am amüsantesten aber war es — oder, wenn man will, am traurigsten —, wenn die großen Fragen zur Sprache kamen, deren Lösung die Völker von der Schöpfung Wilsons erwarteten. Herr Balfour stellte fest, daß die Abrüstung schwierig sei, weil es in der Welt so unruhig sei, und der Italiener Schanzer sagte gelehrt auseinander, daß die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Streitbestimmungen ebenfalls auf Schwierigkeiten stoße, weil diese Bestimmungen von der Voraussetzung eines Friedenszustandes ausgingen. Wenn Sanzer Recht zu auf der Galerie gesessen hätte, würde er an allen diesen Reden seine helle Freude gehabt haben. Aus ihnen spr

und mit diesen schönen Worten die Friedensliebe Frankreichs geschildert, aber in der Sache selbst keine einzige der Vorbedingungen aufgegeben, die Frankreich für eine Einstellung seiner Rüstungen aufstellt, die jedem Beobachter der französischen Politik bekannt sind und die sämtlich auf Deutschland gehen. Zu Genetet, Herr Nadlemaire hat noch eine neue Bedingung erfunden, die setzt in der französischen Oeffentlichkeit sehr modern zu werden scheint: die Einwanderung Deutschlands auf moralischem Gebiete. Weiß der Himmel, was allen hinter dieser Forderung zu suchen ist. Uebrigens erinnerte nach dieser Rede der englische Vizepräsident Fisher an die französisch-englische Waffenbrüderschaft und schließlich gab Herr Hymans auch noch den belgischen Segen dazu. „Wie den Ehrenwort", schrieb der Berichterstatter des „Temps" über diese Szene, „daß sich in diesem Augenblick ein dichter Nebel zerteilte und daß fester Boden für die Verständigungen zwischen den beiden Nationen sichtbar wurde. Für alle diejenigen, die überzeugt sind, daß der europäische Friede nur durch ein Zusammenarbeiten zwischen Frankreich und England erhalten werden kann, war es eine wahre Erleichterung." Das war in der Tat der wirkliche Inhalt dieser Sitzung. Es war in der Form eine Friedenskundgebung, eine Erinnerungsfeier an die französisch-englische Waffenbrüderschaft im Angesicht und unter dem Beifall fast des ganzen Auslandes. In der deutschen Oeffentlichkeit aber sollte man endlich lernen, solche rhetorischen Kundgebungen nach ihrem wahren Werte einzuschätzen: solange in Deutschland noch ein Mann einen Spazierstock trägt, wird sich Frankreich zu nichts verpflichten.

Zum Schluß noch einige Worte über das Verhältnis Deutschlands zum Bunde. Wir haben versucht, über diese Frage einige Klarheit zu schaffen, indem wir zwei der führenden Mitglieder des Kongresses, Lord Robert Cecil und Bundesrat Motta, um ihre Meinung befragten. Man weiß, daß sich beide sehr entschieden für den Beitritt Deutschlands ausgesprochen haben. Vom Standpunkte des Völkerbundes aus, den die beiden Herren vertraten, ist diese Aufforderung gewiß begründet, aber es wird gestattet sein, zu erwidern, daß sich die Sache vom Standpunkte Deutschlands aus möglicherweise wesentlich anders ausnimmt. Der Völkerbund würde durch den Beitritt des Reiches nur an Ansehen gewinnen und gewiß sehr wesentlich gewinnen, aber würden auch für Deutschland die Vorteile des Beitrittes größer sein als seine Nachteile? Das ist eine Frage, die überaus sorgfältig geprüft werden muß. Sie löst sich natürlich nicht mit den Hinweis darauf beantworten, daß es in dieser oder jener Einzelfrage für das Reich von Nutzen wäre, Mitglied des Bundes zu sein (Oberschlesien, dessen Schicksal zwischen Warschau und Bourgeois entschieden wird, kommt dabei gar nicht in Betracht), sondern es wird notwendig sein, sie genau zu prüfen, insoweit die allgemeine Stellung Deutschlands zum Versailler Vertrage durch den Beitritt in den Bund beeinflußt werden würde. Hier liegen sehr gewichtige Bedenken. Es wäre nicht angebracht, in der Oeffentlichkeit auf Einzelheiten einzugehen und wir wollen uns mit der Feststellung begnügen, daß sehr sachkundige und wohlmeinende Beobachter die ernste Pflicht für notwendig halten. Darüber, daß es richtig war, daß sich Deutschland bisher fern gehalten hat, kann gar kein Zweifel bestehen. Ein so genauer Kenner der Verhältnisse und ein so kluger Beobachter der Stimmungen, wie es Herr Motta ist, hat uns ausdrücklich zugesagt, daß die deutsche Regierung recht daran tat, wenn sie bisher kein Anmahnungsschreiben gestellt hat. Wenn das für die Vergangenheit gilt, so kann man für die Zukunft nur wünschen, daß sich Stimmen gegen Deutschland, die es mit dem Beitritt gar so eilig haben, einige Zurückhaltung auferlegen mögen. „Wir haben nicht an, zu erklären", so schrieb die französische „Gazette de Lausanne" (und die Franzosen des Kongresses gaben diese Unverschämtheiten weiter), „daß Deutschland gegenwärtig einen Schritt unfähig sein wird, der Bund bilden würde. Wenn die Stabilität und die Festigkeit einer Regierung Bedingungen für den Eintritt in den Bund sind, so ist es augenscheinlich, daß Deutschland diese Bedingungen nicht erfüllt". Und dann kamen Nebenäußerungen von Bürgerlichen, die sich auf die unerpolitische Entwicklung Deutschlands bezogen. Jenseits dieser Auffassung und derjenigen von Lord Robert Cecil gibt es im Kongreß zahlreiche Stimmungen, die sehr genau unterschied sein wollen. Gewiß soll sich Deutschland den Bunde gegenüber nicht prinzipiell ablehnend verhalten, aber bevor eine Entschließung fällt ist es notwendig, daß sich zunächst die Wirkungen der Washingtoner Konferenz überschauen lassen, und es ist weiter notwendig, daß nicht nur die Vorbedingungen, sondern auch die Folgen des Beitrittes jedem Mitgliedstaat hin bekannt sind. Die ganze Frage ist für die Allgemeinheit des deutschen Volkes zu wichtig, als daß sie unter dem Geschäftsgeist beurteilt werden könnte, daß einige Persönlichkeiten Gelegenheit finden müßten, ihr Licht oder ihr Lichtlein leuchten zu lassen.

Im ganzen hat man, wenn man auf diesen Kongreß zurückblickt, ein wenig erfreuliches Bild vor Augen. Man sieht einen greisen Gedanken, der die Menschheit erlösen sollte, in einem qualvollen und aussichtslosen Ringen mit den Gewalten des alten Prinzips, man sieht, wie ein leuchtender Funke der einst die leidenden Völker mit Hoffnung erfüllte, niedrighält und verunglaubt unter diplomatischen Formeln erstickt wird. Das neue Europa Genf-Bund, der diesen Name verdiente, müßte nicht nur mit den Köpfen, sondern vor allem mit den Herzen begründet werden. Und so leidet diese Organisation schließlich nur an dem tragischen Konflikt, der unsere ganze Zeit durchzieht, daß nämlich die Menschen zwar klüger, aber nicht besser geworden sind.

*

Was über das völlige Versagen des Völkerbundes zu sagen ist, das ist in zahlreichen Artikel unserer Genfer Korrespondenten gesagt worden. Nunmehr sieht der Rat des Völkerbundes vor einer Aufgabe, die ihm die letzte Möglichkeit bietet, der Welt zu beweisen, daß der Geist weiterer internationaler Gerechtigkeit in ihm eine Stätte findet. Die Berreter Spaniens, Chinas, Brasiliens und Belgiens sollen ein Gutachten über Oberschlesien abgeben. Wenn man die politischen und wirtschaftlichen Wünsche beteiligter Staaten, wie der Polen und Franzosen, beseitigt ließ und sich einfach an den klaren Wortlaut des Versailler Friedens sowie an das Ergebnis der Volksabstimmung hielt, was die Lösung des Problems nicht schwer. Oberschlesien muß und kann nur deutsch bleiben; es darf nicht zerrissen und zerteilt werden. Das lange Hängen des Genfer Vierzehnausschusses läßt befürchten, daß man dort versucht, zu einem Kompromiß zu gelangen, das, sowohl es die Einheit Oberschlesiens auch nur im geringsten berührt, sollte, in angeht und unannehmbar sein muß. Daß die Männer, die in der Kommission vereinigt sind, Cuillonnes de Leon, Wellington Koo, da Cunha und Hymans, sich selbst über die Tragweite ihrer Entscheidung klar sind, das beweist die bauernde Verschleppung ihres Spruches. Bedenklich stimmt nur der Umstand, daß der Ausschuß zunächst in London und Paris angefragt haben soll, ob das beabsichtigte Gutachten dort auch genehm sein werde.

Heute vertritt Genf trotz der Aufnahme mancher Staaten nur einen Bruchteil der zivilisierten Welt. Die Vereinigten Staaten von Amerika, Argentinien, Mexiko, Mittelamerika, die Türkei, Afghanistan und Rußland stehen ebenso wie das Deutsche Reich außerhalb des Völkerbundes. Präsident Harding hat sich dazu entschlossen, das wichtigste Problem, die Abrüstungsfrage, außerhalb des Völkerbundes in Washington behandeln zu lassen.

Will der Völkerbund überhaupt am Leben bleiben, so muß er völlig unbeeinflußt sein und über den Parteien stehen. Das Mißtrauen, das dem Völkerbund entgegengebracht wird, rührt daher, daß er sich bis jetzt immer nur als ein Organ der Entente erwiesen hat. Er wird von den Verbündeten benutzt, wenn es darauf ankommt, irgendeinen Akt der Willkür ein internationales Mäntelchen umzuhängen. Der Art, wie der Völkerbund zu der oberschlesischen Problem behandeln wird, ist ausschlaggebend für seine Zukunft. Er kann den Beweis seiner Brauchbarkeit erbringen, und er kann sich unwiderruflich das Grab graben.

—y.

Oberschlesiens größte Stadt.

Aus Königshütte in Oberschlesien wird uns geschrieben:

In Nr. 473 Ihres Blattes ist der Wortlaut des Telegramms abgedruckt, welches die hiesigen politischen Vereine am 7. d. M. an den Rat gesandt haben. Die Zahl der Einwohner ist darin irrtümlich mit 50 000 angegeben, während in über 80 000 (genau 80 570) beträgt.

Bei dieser Gelegenheit erscheint es angebracht, einige Angaben über Königshütte anzuführen, die das wieder Gesagte bestätigen und zeigen, daß über die hiesigen Verhältnisse vielfach Unklarheiten bestehen.

Königshütte wurde aus mehreren zusammenhängenden Gemeinden, Gutsbezirken und Kolonien im Jahre 1868 zu einer Stadt von damals 18 511 Einwohnern erhoben und erhielt durch Landkreise Beuthen. Am 1. Januar 1898 wurde sie kreisfrei. Ein Landkreis Königshütte besteht nicht. Sie ist die größte Stadt Oberschlesiens und die drittgrößte der Provinz Schlesien.

Königshütte wurde aus mehreren zusammenhängenden Gemeinden, Gutsbezirken und Kolonien im Jahre 1868 zu einer Stadt von damals 18 511 Einwohnern erhoben und erhielt durch Landkreise Beuthen. Am 1. Januar 1898 wurde sie kreisfrei. Ein Landkreis Königshütte besteht nicht. Sie ist die größte Stadt Oberschlesiens und die drittgrößte der Provinz Schlesien.

Klara Zetkin ohne Visum in Rom.

Rom, 12. Oktober. (E. C.) Klara Zetkin nahm an dem italienischen Kommunistenkongreß teil. Sie hat, wie gelegentlich des französischen Kommunistenkongresses in Tours, auch Italien ohne ein Visum erreicht. Damit die Nachricht von ihrer Anwesenheit von den Kommunisten ausgestreut werden konnte, hatte man die Journalisten trotz ihrer lebhaften Proteste während zweier Stunden eingesperrt.

Der Landtag und Oberschlesien.

Vertagung der Sitzung.

54. Sitzung.

Mittwoch, den 12. Oktober, vormittags 11 Uhr.

Die Eröffnung der Sitzung verzögert sich bis 11½ Uhr. Das sehr gut besetzte Haus besucht sich anfänglich bei der Oberschlesien-Entscheidung in großer Erregung, lebhafte Gruppen bilden sich, und die Führer der Parteien verbandeln längere Zeit vor der Erteilung der Sitzung.

Nach 11½ Uhr eröffnet Präsident Leinert endlich die Sitzung, auf deren Tagesordnung als erster Gegenstand die Beratung der Anfragen der Sozialdemokraten über die Personalpolitik des Ministers des Innern und über das Vorgehen der Bewaffnung des Preußischen Statistischen Landesamts gegen Angestellte, die eine schwarz-rot-goldene Fahne gehißt hatten, stehen.

Abg. Herold (Zentr.) zur Geschäftsordnung: Mit Bestürzung auf so folgenschwere und schwerwiegende Entscheidung, welche für Deutschlands Zukunft von unabsehbarer Bedeutung ist, beantrage ich, die heutige Sitzung zu vertagen. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Braun (Soz.): Obwohl auch wir die Beschleunigung der oberschlesischen Frage für Deutschland erforderlich ist, daß wir keine Verschleppung scheuen (Unruhe und Zwischenrufe von den bürgerlichen Parteien), die Unruhen, die die innere Ruhe stören, wenn der Ausschuß noch kein Urteil nicht abstimmen. (Lebhaft, lebhaft bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Leid (Z. Soz.): Namens meiner Partei erkläre ich, daß wir keine Verschleppung scheuen (Unruhe und Zwischenrufe von den bürgerlichen Parteien), die Unruhen, die die innere Ruhe stören, wenn der Ausschuß noch kein Urteil nicht abstimmen. (Lebhaft, lebhaft bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. König-Wiesenfeld (Komm.): Wir schließen uns den Ausführungen des Vorredners vollinhaltlich an.

Das Haus beschließt mit sämtlichen Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die drei sozialistischen Parteien die Vertagung. (Lärm und Zwischenrufe bei den sozialistischen Parteien.)

Präsident Leinert schlägt vor, die nächste Sitzung morgen um 2 Uhr abzuhalten, mit derselben Tagesordnung wie heute, mit Ausnahme der oben erwähnten großen Anfragen.

Abg. Braun (Soz.): Ich bitte auch diese Anfragen auf die Tagesordnung zu setzen; es ist kein Anlaß, sie abzusetzen, denn damit werden sie nur unnötigerweise Zeit verschoben. (Sprut bei den Soz.: Das ist ja das Ziel.) Damit bin ich unter keinen Umständen einverstanden. Wir sind nicht Greil, in seinem Gegensätzen unserer Beratungen eingetreten, ehe nicht die Entscheidung über unsere interpellativen Anfragen auch mit Ja oder Nein gefallen ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister des Innern Dominicus: Um jede Spur von Verschleppung zu vermeiden, bitte ich namens der Staatsregierung das Haus auf das eindringlichste, dem Antrag Braun entsprechend die Tagesordnung für morgen genau in derselben Reihenfolge festzusetzen, wie sie heute festgesetzt war.

Abg. Deter (Dem.): Ich bedauere tief, daß bei uns solche Gegensätze hervorgetreten sind, wie sie durch Zwischenrufe angedeutet sind. Meine Fraktion ist überzeugt, daß der erste Gegenstand, der hier zu verhandeln ist, die Interpellationen der Sozialdemokraten sein müssen. Wir haben keinerlei Veranlassung, eine solche Auseinandersetzung zu befürchten.

Abg. Held (Nnabh. Soz.): Wir schließen uns dem Antrag Braun an.

Abg. Herold (Zentr.): Wir haben nicht das geringste Bedenken, daß die erwähnten Anfragen unglaublich behandelt werden, im Gegenteil, wir sind der Ansicht, daß wir unter den heutigen Verhältnissen diese Verhandlung so lange ausdehnen sollen, bis die Entscheidung über Oberschlesien gefallen ist. Die innerpolitischen Auseinandersetzungen können an den Tagen erfolgen. Ich bitte, sie aber morgen nicht auf die Tagesordnung zu setzen, wohl aber sofort nach der Entscheidung über Oberschlesien.

In der Abstimmung, bei welcher die Demokraten mit den drei sozialistischen Parteien zusammen stimmen, bleibt Brode und Gegenprobe zweifelhaft, die Abstimmung ergibt mit 154 gegen 118 Stimmen, daß die Anfragen der Sozialdemokraten morgen nicht mit auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Schluß 11¾ Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr (Schulfragen und Anträge).

„Französische Bestien."

In der Abendausgabe der „D. A. Z." vom 5. Oktober war unter der Überschrift „Französische Bestien" ein etwas Schreiben berichtet, der sich in Hindenburg zugetragen haben soll. Nach neuerlichen Feststellungen hat sich ergeben, daß die bemalten Wäsche in ihren Einzelheiten nicht wahrheitsgetreu werden kann. Der Vorgang hat sich folgendermaßen abgespielt:

Am 2. Oktober, abends 9 Uhr, ging ein junger Mann namens Matuschek aus Kunzendorf die Chaussee nach Hindenburg zu. Matuschek wurde von Mann von Polen verhaftet, da diese annahmen, es handele sich um einen angeblichen deutschen Spähtruppler. Matuschek flüchtete nach Hindenburg und gelangte auf den Schloßplatz. Die ihn verfolgenden Polen holten französisches Militär zu Hilfe, und als dieses zur Festnahme des Matuschek schreiten wollte, wurde ihm ein eine Handgranate. M. wurde dann festgenommen und verprügelt. Er wurde von französischen Truppen in einen Zeltschuppen gebracht und wird jetzt wegen verbotenen Waffentragens im Amtsgerichtsgefängnis in Haft gehalten.

Keine Tiroler Anschlußverhandlungen.

Innsbruck, 11. Oktober. (W. T. B.)

Die „Innsbrucker Nachrichten" fallen fest, daß seit einem halben Jahr kein Mitglied der Landesregierung, kein Landtagsabgeordneter und überhaupt kein offiziell in Betracht kommender Tiroler Politiker Anschlußverhandlungen oder ähnliche Besprechungen mit Deutschland gepflogen habe, und erklären auf Grund von Mitteilungen von Mitgliedern der Landesregierung, daß von derartigen Verhandlungen Rede sein könne, solange kein Antrag auf Durchführung erfolgt. Anschluß von Tirol aus vorliege.

Die „Volkszeitung" behauptet in einem Leitartikel ist an ausführlichen Zeitstellungnahme über Tirol und bemerkt dazu, daß die Masse der Bevölkerung sich darüber nur wundere, da sie ganz keine Ahnung von Anschlußverhandlungen in den letzten Monaten nichts Außergewöhnliches vernommen habe. Dieser Anlauf habe aber im ganzen Lande keinen Widerhall gefunden. Das sind schon in seiner ganzen ungeheuren Merkwürdigkeit offenbar.

Erklärung der deutschen Südtiroler.

Rom, 12. Oktober. (W. T. B.)

Die vier deutschen Abgeordneten Südtirols legen in einem Schreiben an die Presse die Gründe ihrer Abwesenheit beim Empfange des Königs von Italien gelegentlich seines Besuches in Südtirol dar.

Sie sagen, die Regierung beteiligte die von der Bevölkerung Tirols geäußerten Wünsche nicht, die Sprache der Presse lasse jede Lehre und Bevölkerung. Es fehle eine Regierungserklärung, um ihre Nationalität, ihre historischen Rechte und Gewohnheiten zu schützen gegen die Verfolgungen und die Betrübungen, das Land zu italianisieren. Die Lehrer und Beamten nach Behnd italienischer Schulen die italienische Nationalität aufzuzwingen. Beamte deutscher Nationalität durch Italiener ersetzt, die militärische Dienstpflicht erweitere, eine Kommission zur Erteilung deutscher Ortsnamen durch italienische Bilde und die Freiheit der deutschen Presse eingeschränkt.

Innsbruck, 11. Oktober (W. T. B.) Wie Südtiroler Blätter melden, ist der König von Italien heute in Trient eingetroffen. Die Südtiroler Abgeordneten nahmen an dem Empfang wegen der Haltung Italiens gegenüber Südtirol nicht teil.

Die Gewichtskonferenz beendet.

Paris, 11. Oktober. (W. T. B.)

Die Internationale Konferenz für Maße und Gewichte hat ihre Tagung beendet. In der Schlußsitzung wurde das neue Abkommen, das die Meterkonvention und das zugehörige Reglement in einigen Punkten ändert, unter Beifall der Ratifikation unterzeichnet.

Als sachlich wichtigster Punkt stand die Ausdehnung der Meterkonvention auf andere Einheiten der Physik und Chemie zur Beratung und Entscheidung. Die neue Fassung der Artikels 7 der Konvention sieht die Herstellung einer Normalmasse vor für die Einheiten Strom, das Ohm und das Volt und erst dann, wenn das internationale Komitee für Maße und Gewichte sich erneut mit der Frage befaßt hat, wird eine Abstimmung erfolgen mit einstimmigem Beschluß gefaßt haben wird. Auf alle Fälle sollen die Regierungen derjenigen Länder, die bereits systematische Untersuchungen auf diesem Gebiete gemacht haben, also auch Deutschland, in vollem Umfange beteiligt werden. Weiter wurde der Streichung des Wortes „Prototype" im ursprünglichen Abänderungsvorschlag zum Ausdruck gebracht worden, daß an eine Uebersetzung des eventuell künftig vom internationalen Bureau herzustellenden Normalmaßes für das internationale Ohm über die nationalen Normalmaße, wie das des beim Meter und Kilogramm der Fall ist, nicht gedacht wird.

Panamakanalgebühren.

Paris, 11. Oktober. (W. T. B.) Nach einer Havas-Meldung aus Washington hat der Senat den Gesetzentwurf Borah angenommen, durch den die amerikanische Küstenschiffahrt von der Zahlung der Zölle im Panamakanal befreit wird. Angesichts der lebhaften Opposition des Repräsentantenhauses ist es aber zweifelhaft, ob der Entwurf Borah Gesetz werden wird. Es verlautet, daß Präsident Harding erklärt, daß die Maßnahme im Hinblick auf die Washingtoner Konferenz unzeitgemäß wäre. Großbritannien habe nach den bestehenden Verträgen das Recht, schiedsgerichtliche Entscheidung zu verlangen.

Kleine Mitteilungen.

In seiner am 11. November beginnenden 2. Gesamtvorstellung wird sich der Nationalverband Deutscher Berufsverbände umbenennen.

Deutsches Reich.

Industriellentagung in Mainz.

Unter Vorsitz von Bergrat Dr. Grosser, Wetzlar, hielt der Mittelrheinische Fabrikantenverein zusammen mit der Gleichnamigen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Mainz eine Tagung ab. Den Kern der Tagung bildeten die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen der Zeit.

Jahresversammlung des Rheinischen Verkehrsverbandes.

ITA. Worms, 12. Oktober. Der Rheinische Verkehrsverband hielt unter zahlreicher Beteiligung unter dem Vorsitz von Regierungsrat Dr. Kruse-Gudeberg seine Jahresversammlung über ab. Die Regierungen des Reiches, Preußens und Hessens hatten Vertretungen entsandt; ebenso das Reichsverkehrsministerium, dessen Vertreter die Forderung der Verkehrsinteressen des Rheinlandes zufagte. Ferner ließen sich die Industriellen Mainz und mehrere Städte des besetzten Gebietes vertreten. Im Mittelpunkt der Tagung standen zwei Vorträge von Ministerialrat Dr. Kruse aus Berlin, sprach über den Ausbau der deutschen Verkehrsordnung sprach, und Syndikus Schmidt-Berlin, der sich über die Beteiligungsfragen und ihre Vergütung verbreitete.

Neues Zeitungsverbot.

Lk. München, 12. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Regierung von Mittelfranken hat die Nürnberger „Volkstribune" auf eine Woche verboten, weil sie den Minister Nattenhuber und den Polizeipräsidenten Eberhammisser beschimpfte und ihn der Lüge bezichtigte.

Die Folgen des Metallarbeiterstreiks.

S. Dresden, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Stillegungsaktion der Metallindustrie der Kreishauptmannschaft Dresden hat die Anhebung des Streikbeschlusses mit großer Mehrheit gutgeheißen. Es ist zu befürchten, daß die Industrielle die Aussperrung aufgeboten, so daß die Kritik nunmehr ausgenommen werden kann. Der Streik hat für die Metallindustrie mit einem großen Fiasko geendet. Weil über 60 000 Arbeiter in Frage kamen, hat der Verband wahrscheinlich etwa 5 200 000 ℳ Streikunterstützung zu zahlen, während die Industrie einen wochenlichen Ausfall von über 25 Millionen Mark zu verzeichnen hatte. Da der Streik 5 Wochen dauerte, so kann man die volkswirtschaftlichen Schäden dieses sinnlosen Ausstandes leicht ermessen.

Verurteilung politischer Brandstifter.

Frankfurt a. M., 12 Oktober. (W. T. B.) Wegen Brandlegung am Kaiserfonds in der Oper in der Nacht zum 28. März hatten sich sechs Angeklagte, die Mitglieder einer anarchistischen Vereinigung waren, vor dem Schwurgericht zu verantworten. Durch die Tat sollte der Adressat der Grp und Mitteldeutschland verhindert werden. Das Gericht verurteilte wegen versuchter vorsätzlicher Brandstiftung den Angeklagte zu je 1½ Jahren Gefängnis, wegen Besitzes einen Angeklagten zu einem Jahre, zwei weitere zu je acht Monaten Gefängnis. Im Anschlußgut, der erklärt ist, wurde bedingt begnadigt.

Lohnstreit im Mansfeldschen Bergbau.

Der vom Reichsarbeitsministerium gebildete Schlichtungsausschuß hatte in Halle a. S. einen Schiedsspruch wonach die über 18 Jahre alten Arbeiter mit Wirkung vom 1. September eine Lohnzulage von 4,75 M. je Schicht erhalten. Die Lohn 1. September 1921 ab bereits gezahlten Teuerungszulagen werden darauf angerechnet. Die Jugalen Jugendlichen entsprechend der vom 1. September an gezahlten bleiben bestehen. Die Mansfeldische Knappschaftsbau bauende Gewerkschaft in Eisleben hat den Schiedsspruch angenommen, die Arbeitnehmerorganisationen haben eine Erklärung noch nicht abgegeben.

Der Fall Warner.

Eine sich klar ins Gebiet der Politik verziehende Verhandlung nahm vor dem Disziplinarhof Reichsdisziplinarkammer fünf Stunden in Anspruch. Unter der Anschuldigung des Dienstvergehens erschien der Ministerialdirektor Warner vom Reichsernährungsministerium, gegen den von Kapitän Ehrhardt Dienstentlassung aufgefordert worden war, weil er u. a. geäußert hatte, der Minister müsse weg, er habe im Kabinett gelogen und betrogen, wie das in seiner Wahrheit beruhten. Ferner hatte er behauptet, ein höherer Beamter des Reichsernährungsministeriums habe sich verschworen, sich von Militärdienst zu befreien, indem er einen Begräbnisfeldwebel schmierte.

Nach langer Beratung wurde der Angeschuldigte des Dienstvergehens für schuldig erklärt und zur Strafversetzung, 500 M. Geldstrafe und den baren Auslagen des Verfahrens verurteilt.

Auch in Bielefeld Buchdruckerstreik.

Bielefeld, 11. Oktober. Hier sind die Buchdruckereigehilfen in den Ausstand getreten. Die sozialdemokratische „Volkswacht" hat die Forderungen unter Vorbehalt bewilligt. Von den bürgerlichen Verlegern wird ein Vorgehen unter dem Titel „Vereinigte Bielefelder Tageszeitung" herausgegeben.

Rücktauf eines deutschen Dampfers.

Hamburg, 11. Okt. Der ehemalige Dampfer der Continentalen Bredereei „Margarete" ist durch die Firma Bernhard Winter von England zurückgekauft worden. Die deutsche Reederei ist nach England unterwegs, um das Schiff nach Hamburg zur Instandsetzung zu bringen.

Amtsrat von Bem Reichsgerichtsrat.

Leipzig, 11. Oktober. Das Reichsgericht verwies unter Ablehnung des Antrags des Kaufmanns Heinrich Starck, der vom Landgericht I in Berlin am 20. Januar d. J. wegen Beamtenbestechung zu 2000 ℳ Geldstrafe verurteilt worden war.

Neuer sächsischer Oberberghauptmann.

S. Dresden, 12. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Ministerialrat Dr.-Ing. Fischer, Leiter der Bergwerksabteilung des Sächsischen Oberbergbauptmann von Sachsen ernannt worden.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Der diesjährige Parteitag der D. V. P. findet, wie bereits gemeldet, in Stuttgart statt. Die Tagesordnung ist folgender:

Montag, den 24. Oktober, 9½ Uhr vormittags:

1. Eröffnung durch den Vorsitzenden des Zentralvorstand, Dr. Stresemann, M. d. R., Bildung des Bureaus, Begrüßungen.
2. Die politische Lage. Berichterstatter: Dr. Stresemann, M. d. R.
3. Zur Reform der Rechtsordnung. Berichterstatter: Prof. D. Dr. Kahl, M. d. R.
4. Kassenbericht.
5. Geschäftsbericht. Berichterstatter: Rechtsanwalt Kempf, M. d. R.
6. Geschäftsordnung, die Änderung der Satzung der Partei. Berichterstatter: Rechtsanwalt Kempf, M. d. R.

Dienstag, den 25. Oktober, 10 Uhr vormittags:

1. Wirtschaft und Reichsfinanzen.
a) Die Steuergesetze. Referent: Reichsminister a. D. Dr. Becker, M. d. R.
b) Ernährung und Landwirtschaft: Vorsitzender des Reichslandbundes Dorp, M. d. R.
2. Der gewerbliche Mittelstand: Senator Beyßhlein, M. d. R.
2. Kassenbericht.
3. Kulturprobleme der Gegenwart. Berichterstatter: Frau Dr. Wolf, M. d. haur. L. Geh. Rat Dr. Runkel, M. d. R.
4. Ausschrede.

Das Freiforps Oberland.

Wir hatten bereits gemeldet, daß die unabhängige sozialistische Münchener „Morgenpost" wegen eines Hetzartikels mit sensationellen „Enthüllungen" über das Freiforps verboten worden ist. Wie wir erfahren hatten wir noch folgende Meldung:

Lk. München, 12. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Major Haradam erklärt der „Münchener Zeitung" eine Erklärung, in der er die gegen ihn und das Freiforps „Oberland" in der „Münchener Post" erschienenen Vorwürfe in einzelnen zurückweist. Er sagt u. a.: „Es besteht jetzt keine militärische Organisation mehr, weder eine offizielle, noch eine geheime. Alle diesbezüglichen Angaben stammen entweder von Genfationslüsternen Leuten, oder von Leuten, die wegen unehrenhafter Gesinnung aus dem „Oberland" ausgeschlossen worden waren und nun aus Rachsucht oder Gehässigkeit Behauptungen aufstellen. Daher erübrigt sich ein weiteres Eingehen auf die angeblichen Geheimnisse, auf die einzelnen führenden Personen und auf die angeblichen Geheimbündes und auf die Decknamen."

Aus aller Welt.

Warum wollen die Frauen den Hut nie

Die Erklärung, daß Damen schwer dazu zu überreden sind, ihren Hut abzulegen, hat gewiß Vielen unerklärt gemacht. Aber bisher nahm man wohl meistens als Grund an, daß sie fürchten, das durch ihre Frisur zu zerstören. Eine „letzte Begründung" legt jetzt Dr. Lasinger der Arbeitnehmerorganisationen haben eine Erklärung noch nicht abgegeben.

Der Fall Warner.

Eine sich klar ins Gebiet der Politik verziehende Verhandlung nahm vor dem Disziplinarhof Reichsdisziplinarkammer fünf Stunden in Anspruch. Unter der Anschuldigung des Dienstvergehens erschien der Ministerialdirektor Warner vom Reichsernährungsministerium, gegen den von Kapitän Ehrhardt Dienstentlassung aufgefordert worden war, weil er u. a. geäußert hatte, der Minister müsse weg, er habe im Kabinett gelogen und betrogen, wie das in seiner Wahrheit beruhten. Ferner hatte er behauptet, ein höherer Beamter des Reichsernährungsministeriums habe sich verschworen, sich von Militärdienst zu befreien, indem er einen Begräbnisfeldwebel schmierte.

Nach langer Beratung wurde der Angeschuldigte des Dienstvergehens für schuldig erklärt und zur Strafversetzung, 500 M. Geldstrafe und den baren Auslagen des Verfahrens verurteilt.

Auch in Bielefeld Buchdruckerstreik.

Bielefeld, 11. Oktober. Hier sind die Buchdruckereigehilfen in den Ausstand getreten. Die sozialdemokratische „Volkswacht" hat die Forderungen unter Vorbehalt bewilligt. Von den bürgerlichen Verlegern wird ein Vorgehen unter dem Titel „Vereinigte Bielefelder Tageszeitung" herausgegeben.

Rücktauf eines deutschen Dampfers.

Hamburg, 11. Okt. Der ehemalige Dampfer der Continentalen Bredereei „Margarete" ist durch die Firma Bernhard Winter von England zurückgekauft worden. Die deutsche Reederei ist nach England unterwegs, um das Schiff nach Hamburg zur Instandsetzung zu bringen.

Amtsrat von Bem Reichsgerichtsrat.

Leipzig, 11. Oktober. Das Reichsgericht verwies unter Ablehnung des Antrags des Kaufmanns Heinrich Starck, der vom Landgericht I in Berlin am 20. Januar d. J. wegen Beamtenbestechung zu 2000 ℳ Geldstrafe verurteilt worden war.

Neuer sächsischer Oberbergbauptmann.

S. Dresden, 12. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Ministerialrat Dr.-Ing. Fischer, Leiter der Bergwerksabteilung des Sächsischen Oberbergbauptmann von Sachsen ernannt worden.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Der diesjährige Parteitag der D. V. P. findet, wie bereits gemeldet, in Stuttgart statt. Die Tagesordnung ist folgender:

Montag, den 24. Oktober, 9½ Uhr vormittags:

1. Eröffnung durch den Vorsitzenden des Zentralvorstand, Dr. Stresemann, M. d. R., Bildung des Bureaus, Begrüßungen.
2. Die politische Lage. Berichterstatter: Dr. Stresemann, M. d. R.
3. Zur Reform der Rechtsordnung. Berichterstatter: Prof. D. Dr. Kahl, M. d. R.
4. Kassenbericht.
5. Geschäftsbericht. Berichterstatter: Rechtsanwalt Kempf, M. d. R.
6. Geschäftsordnung, die Änderung der Satzung der Partei. Berichterstatter: Rechtsanwalt Kempf, M. d. R.

Dienstag, den 25. Oktober, 10 Uhr vormittags:

1. Wirtschaft und Reichsfinanzen.
a) Die Steuergesetze. Referent: Reichsminister a. D. Dr. Becker, M. d. R.
b) Ernährung und Landwirtschaft: Vorsitzender des Reichslandbundes Dorp, M. d. R.
2. Der gewerbliche Mittelstand: Senator Beyßhlein, M. d. R.
2. Kassenbericht.
3. Kulturprobleme der Gegenwart. Berichterstatter: Frau Dr. Wolf, M. d. haur. L. Geh. Rat Dr. Runkel, M. d. R.
4. Ausschrede.

Das Freiforps Oberland.

Wir hatten bereits gemeldet, daß die unabhängige sozialistische Münchener „Morgenpost" wegen eines Hetzartikels mit sensationellen „Enthüllungen" über das Freiforps Oberland verboten worden ist. Wir erfahren hier noch folgende Meldung:

Lk. München, 12. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Major Haradam erklärt der „Münchener Zeitung" eine Erklärung, in der er die gegen ihn und das Freiforps „Oberland" in der „Münchener Post" erschienenen Vorwürfe in einzelnen zurückweist. Er sagt u. a.: „Es besteht jetzt keine militärische Organisation mehr, weder eine offizielle, noch eine geheime. Alle diesbezüglichen Angaben stammen entweder von Sensationslüsternen Leuten, oder von Leuten, die wegen unehrenhafter Gesinnung aus dem „Oberland" ausgeschlossen worden waren und nun aus Rachsucht oder Gehässigkeit Behauptungen aufstellen. Daher erübrigt sich ein weiteres Eingehen auf die angeblichen Geheimnisse, auf die einzelnen führenden Personen und auf die angeblichen Geheimbündes und auf die Decknamen."

Orchester-Konzerte.

Der Konzertwinter hat kaum begonnen, und schon stehen wir mitten in einer Hochflut von musikalischen Veranstaltungen, die sicher erdrückend wirkt. Orchesterkonzerte geht ein Sturzregen von Klavier- und Liederabenden, von Orchester- und Kammermusik auf uns nieder, und der Referent, der von Berufs wegen allabendlich durch die Konzertsäle wandert, weiß manchmal nicht ein noch aus. Sie alle, die da singen und spielen und dirigieren, wollen in erneuter werden, sie wenden viel Mühe und Arbeit, Zeit und Geld an ihre Abende, um letzten Endes doch noch im Strudel dieser Musikvertriebs unterzugehen. Denn darüber darf man sich keine Illusionen hingeben: Der größte Teil der Konzertveranstalter verschwindet wieder so unbeachtet, wie er gekommen war, und nur die ganz Wenigen, die musikalischen Begabten und Auserwählten erringen sich den Platz an der Sonne.

*

In diesen Tonkunst gehört Wilhelm Furtwängler, der in unsen Jahren zu einer Meisterschaft gelangt ist. Er ist ein Meister des Technischen als des Seelischen, die mit ihrer Kraft zu vollkommener Durchdringung jedes Kunstwerkes zu Leistungen von großer Vollendung und Grenzenlos ist seine Fähigkeit zur Begeisterung, die sich gleichermaßen auf Orchester und Hörer übertragt. Diese suggestive Wirkung des Persönlichen ist in seinem Stabe das Wichtigste beim Dirigenten, und Furtwängler besitzt sie in einem solchen Maße, daß man gefühlsmäßig eigentlich immer nur ihm mitgeht, wenn der Verfasser gelegentlich auch dazu und wenn anders ausnimmt. Kommte man so z. B. bei dem

Reichshauptstadt.

Siedlungs- und Wohnungswesen.

Die schwierige Lage der Hausbesitzer ist bekannt. Der sozialistische Magistrat bringt sie nicht das geringste Verständnis entgegen. Die D. V. P. sieht in der Stadtverordnetenversammlung in völliger Uebereinstimmung mit den Fraktionen des Reichs- und Landtags auf dem Standpunkt, daß dem Hausbesitzer nicht zugemutet werden kann, für die Schäden, die Häuser dauernd Zubußen aus seinem Vermögen zu zahlen, sondern daß die Hochwinkeln so weitestes werden müssen, daß Instandsetzungen, Verwaltungs- und Instandhaltungskosten ausreichend berücksichtigt werden. Ein Anfang mit Kosten der Vermögensfubstanz des Hauseigentümers kann der Mieter nicht verlangen, eine solche Regelung würde zum Verfall der Häuser und damit zu einer Steigerung der Wohnungsnot führen.

Eine Sozialisierung des Hausbesitzes oder eine Uebernahme sämtlicher Mietwohnungen in städtische Regie, wie dies bei sozialistischen, zum Teil in Händen der Kommunisten ausgesprochenen Ideen entspricht, ist phantastischer Wahnsinn. Kurzsich, solange nicht das Bauen bei erträglichen Mietsätzen rentabel gestaltet werden kann, wird man die Forderung des Kleinwohnungsbaues durch Unterstützung gemeinnütziger Gesellschaften und Baugenossenschaften nicht ablehnen können; man wird aber nach den Erfahrungen, die bei solchen Unternehmungen gemacht worden sind, scharf darauf achten müssen, daß die sozialistisch begegnen Gemeinwesen nicht bei der Verteilung von Wohnungen in diesen Kleinhaussiedlungen eine Begünstigungspolitik treiben, bei der die Gemeinnützigkeit, die doch Allgemeinnützigkeit sein soll, verletzt wird.

Die planmäßige Förderung des Bauwesens ist augenscheinlich eine so ungeheure wichtige Aufgabe, daß die hiermit zusammenhängenden Fragen unbedingt durch eine erstklassige sachverständige Persönlichkeit im Magistrat selbst vertreten werden müßten. Vergeblich hat die Deutsche Volkspartei bei den Erörterungen über die Besetzung der Magistratsposten immer wieder darauf hingewiesen. Jetzt liebt man anscheinend den begangenen Fehler ein und glaubt ihn durch die Aufstellung eines Generaldirektors für das Wohn- und Siedlungswesen wieder gutmachen zu können.

Die Stelle wurde in ganz Deutschland ausgeschrieben, und es war zu erwarten, daß zu den von den städtischen Korporschaften festgesetzten Bedingungen — Anstellung auf Privatdienstvertrag mit der Aussicht auf lebenslängliche Anstellung bei Bewährung — die wirklich führenden Köpfe auf dem Gebiete des Städtebaues und Siedlungswesens sich nicht werden werben. So kam es denn auch; unter den insgesamt 44 Bewerbern befand sich eine Reihe gewiß tüchtiger Stadtbaurräte und Siedlungsschriftler, aber keiner der Männer, die auf Grund ihrer Leistungen und Schöpfungen das gewaltige Problem Groß Berlin zu ihrer Lebensaufgabe zu machen imstande sind. Unter den Bewerbern hat man in der Siedlungsdeputation eine engere Auswahl getroffen. Keiner dieser Herren hat eine über das Verschlag von Renkollin hinausreichende Groß Berliner Praxis aufzuweisen. Man sollte die Ernennung bis nach den Wahlen und Herstellung einer bürgerlichen Mehrheit zurückstellen, da zu erwarten ist, daß sich dann eine ganz andere Klasse von Bewerbern für den Posten interessieren wird.

Fr.

„Darum muß auch der ehemalige Offizier seiner Wehrpflicht bei der kommenden Stadtverordnetenwahl in Groß Berlin genügen?" Unter diesem Titel überfendet uns ein früherer höherer Offizier die nachstehenden Ausführungen: Die Wahlbeteiligung des ehemaligen Offiziers ist erforderlich, weil auch der ehemalige Offizier, sei er beruflich in Berlin tätig oder nicht, die Verpflichtung, in seinem wirtschaftlichen Verhältnissen, in der Erziehung der Kinder, in der Beteiligung der kulturellen Bestrebungen und in vielen anderen Beziehungen von der Art der Stadtverwaltung unmittelbar stark beeinflußt wird und weil er außerdem als Bürger der Reichshauptstadt die Pflicht und Schuldigkeit hat, nicht untätig beiseite zu stehen bei der am 16. Oktober fallenden Entscheidung, ob ein Gemeinwesen von über Millionen Einwohnern durch weitere sozialistische Mißwirtschaft völlig zugrunde gerichtet werden, oder ob die vielleicht noch mögliche Gesundung der höheren erstarkten Stadtverwaltung herbeigeführt werden soll. Der ehemalige Offizier muß sich auch bewußt sein, daß diese Wahlen weit über die Grenzen Groß Berlins hinaus von erheblicher Bedeutung für Staat und Reich sind.

Nachdem es den Bemühungen der Deutschen Volkspartei gelungen ist, die Unpäßlichkeitserklärung der vorigen Stadtverordnetenversammlung durchzuführen und den Berlinern die Entscheidung über die Schicksal noch einmal in die Hand zu geben, darf es nicht wieder eintreten, daß durch die Interessenlosigkeit weiter Kreise des Bürgertums erneut eine sozialistische Mehrheit in das Stadtparlament einzieht.

Wer den bekannten Pflichtbewußtsein des alten Offizierkorps darf zuversichtlich erwartet werden, daß alle seine ehemaligen Angehörigen in Berlin nicht nur auseinandersetzen ihrer Wahlpflicht genügen, sondern ganz besonders auch in ihren Bekanntenkreisen bei Männern und Frauen die Notwendigkeit der Wahlbeteiligung als staatsbürgerlichen Pflicht verbreiten helfen.

Jeder ehemalige Offizier kann und muß Ihre also am 16. Oktober seine Pflicht.

Weitere Ausgabe von Plakkarten.

Die in den Schnellzügen von dem Kriege allgemein eingeführten Plakkarten (während des Krieges aufgehoben) wurden bekanntlich im Vorverkauf von Fahrkarten zu den Schnell- und D-Zügen wieder eingeführt, die von Berlin, nach Potsdamer und Anhalter Bahnhof ausgehen. Vom 10. Oktober werden die Plakkarten auch für die Fernzüge

Nr. 479. Mittwoch **Volkswirtschaftlicher Teil.** 12. Oktober 1921

Die Wirtschaftslage in Oberschlesien.

Aus dem oberschlesischen Industriegebiet wird uns unter dem 9. Oktober geschrieben:

Die oberschlesische Kohlenindustrie hat in letzter Woche wieder eine nicht unbeträchtliche Steigerung der Förderung zu verzeichnen gehabt. Man sieht, dass die Ruhe und die Ordnung, die jetzt wieder verteilhaft in die Erscheinung getreten sind, die günstigsten Folgen für die Produktionsverhältnisse gehabt haben. Die arbeitsgläubige Förderung von ungefähr 100 000 Tonnen wird allem Anschein nach beibehalten werden, wenn sich die bisherigen Erschütterungen bewahrt bleibt. Im August waren es bekanntlich nur 80 000 Tonnen, die wertäglich gefördert wurden. Die Transportverhältnisse lassen leider wieder zu wünschen übrig, wie das sonst jedes Jahr um diese Zeit der Fall ist. Es wird über ungenügende Wagengestellung schon seit längerer Zeit geklagt. Im übrigen ist, im Gegensatz zu der Lage des Weltmarktes, wo ein Ueberangebot von Kohlen zu verzeichnen ist, die Lage des einheimischen Kohlenmarktes noch immer schwierig, und zwar insofern, als in hochwertigen Brennstoffen andauernd Mangel hervortritt. Minderwertige Brennstoffe können schon seit längerer Zeit nur ungenügend abgesetzt werden. Durch die steigende Beschäftigung bei den Eisenwerken und bei anderen Industriezweigen tritt der Mangel an Qualitätskohlenersten sehr hervor. In technischer Beziehung wird jetzt in Oberschlesien nichts unversucht gelassen, ebenso wie durch bessere Verpflegung auch eine Steigerung der Arbeitsleistung des einzelnen Mannes herbeizuführen. So weit es möglich ist, wird die Belegschaftsvermehrung fortgesetzt. Durch alle diese Faktoren hofft man, die Kohlenerzeugung wieder auf die gewünschte Höhe zu bringen. Beachtenswert bleibt immerhin, dass die Knappheit am Brennstoffmarkte nicht mehr so unüberwindlich stark ist, dass die Preise die niederen Kohlensorten, wie Schlammstaub, Haldenstaub usw. ohne weiteres mit in Kauf nehmen, sie sind insofern kritischer geworden, als sie den Heizeffekt der verschiedenen Gattungen im Verhältnis zueinander genauer rechnen und mehr zu rechnen beginnen. Dies dürfte bei Eintritt weiterer namhafter Frachterhöhungen noch in entsprechend grösserem Masse in die Erscheinung treten. Als Beweis für die Veränderung der Marktlage möge auch dienen, dass die Kohlenverteilung für den Kohlenbedarf für Oberschlesien bedeutend mehr hervortritt als bisher. Bekanntlich war die englische Kohle schon vor dem Kriege in Deutschland namentlich auch in Berlin, sehr verbreitet, weil sie sich infolge der schwierigen oberschlesischen Transportverhältnisse etwas billiger stellte. Die englische Kohle wird nach wie vor in deutschen Schiffen reichlich und preiswert angeboten. Im Verlaufe des Krieges hat die englische Konkurrenz natürlich fort, an jetzt wieder so zu sehr lebhafter Geltung zutreten. Bezüglich der Kohlenverteilung ist zu melden, dass Polen nach wie vor reichlich mit oberschlesischer Kohle versorgt wird. Bekanntlich hat Polen das Recht, mit deutschen Waggons bis zu 350 000 T. Kohlen pro Monat aus Oberschlesien zu beziehen, ausserdem 100 000 Tonnen mit eigenen Waggons. Der Waggonmangel in Polen ist so erheblich, dass meist deutsche Waggons zum Kohlentransport dortthin verwendet werden, auf deren Rückgabe man jetzt infolge des im Herbst regelmässig wiederkehrenden Wagenmangels besonders bedacht sein muss. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, dass die Rückgabe der nach Polen gelieferten Waggons nach der Entleerung immer wieder Schwierigkeiten bereitet. Nach der Tschechoslowakei werden infolge vorzüglicher Verpflichtungen weiterhin grössere Kohlenmengen geliefert, obwohl die Tschechoslowakei infolge eigener ausgedehnter Kohlenproduktion und infolge des wenig guten Geschäftsganges der dortigen Industrie einen Mangel an Kohlen nicht aufzuweisen hat. Die oberschlesischen Lieferungen von Kohle nach Deutsch-Oesterreich sind in letzter Zeit in eine lebhaftere Aktivität gekommen. Die oberschlesischen Lieferungen von Kohle nach Italien haben sich auf der Höhe gehalten. Dagegen hört man jetzt nichts davon, dass auch Rumänien, wie es früher hiess, mit oberschlesischen Kohlen versorgt werden soll. Es hatte auf Grund des Friedensvertrages die Lieferung von 10 000 Waggons oberschlesischer Kohlen bestimmt. Die Versorgung Danzigs, Memels und Ungarns mit oberschlesischer Kohle ist in letzter Zeit etwas grösser geworden als in den Vorwochen; es wurden insgesamt über 200 000 Tonnen oberschlesische Kohlen nach dort geliefert.

Die oberschlesische Eisenindustrie hat in der letzten Zeit einen weiteren erheblichen Aufschwung hereinnehmen können, so dass die meisten Werke bis zum Jahresende ausverkauft sind. Mit neuen Abschlüssen verfährt man recht zurückhaltend. Im allgemeinen hat sich die Lage überall gebessert. Dass die gegenwärtige gute Konjunktur keinen langen Bestand haben wird, davon ist man in fachmännischen Kreisen überzeugt. Die Unsicherheit, die noch immer über dem Revier liegt, hindert daran, dass der Geschäftsgang sich normal entwickelt. Ueberall stösst man auf Hemmnisse und Schwierigkeiten, deren Ueberwindung so lange nicht vollkommen gelungen wird, als bis sich die Klärung über die Lage vollzogen haben wird. Es gibt Werke in Oberschlesien, die jetzt nahezu für ein halbes Jahr Beschäftigung vorliegen haben, und zwar sind es meist Auslandsaufträge, die sich bewältigen sind. Wo Neubauten nicht zu vermeiden sind, werden sie vorgenommen, damit die Werke auf der Höhe sich bleiben. Es schreitet in dieser Beziehung das Bergwerk, das seine Anlagen den Verhältnissen entsprechend vergrössern lässt. Trotzdem durch die ausgewöhnliche lange, fast vollständige Ausschaltung der oberschlesischen Industrie, wie es durch die Aufstandsbewegung erfolgte, sich die Bezieher mancher Gegenden in das westliche Revier gewöhnt haben, trotzdem es dem westlichen Revier gelungen ist, sich gänzlich Bezirke zu erobern, die bisher meist allein von oberschlesischer Industrie beliefert wurden, werden die oberschlesischen Werken seit einiger Zeit mit Anfragen gesegnet bestimmt, die, soweit sie gewerbliche Fabrikate betreffen, zum grossen Teil abgelehnt werden müssen. Es haben sich ganz merkwürdige Verschiebungen vollzogen. Die kleineren Aufträge, die im oberschlesischen Revier selbst vergeben werden, die sich in der Hauptsache auf den Ausbau von Bergwerksanlagen und die nötigen Betriebsmittel, z. B. Förderwagen usw., beziehen, werden schon seit längerer Zeit, wenn irgend angängig, zurückgestellt, um dem starken Andrange, der von vielen anderen Seiten erfolgt, Genüge zu leisten. Was die Leistungen der Arbeiter anbetrifft, so haben sie sich in der letzten Zeit vorgenommen. Die leitenden Stellen bei verschiedenen Eisenwerken sind in letzter Zeit mit anderen Personlichkeiten besetzt worden. Die Zufriedenheit im allgemeinen noch nicht so, dass sich ein befriedigendes Schaffen ermöglichen liesse. Auch lässt die finanzielle Lage der Werke noch fortgesetzt zu wünschen übrig. Neue Freisetzungen werden ohne Zweifel vorgenommen werden. Die Auslandspreise sind nicht in dem gleichen Masse wie die Inlandspreise in die Höhe gegangen, was jedoch bedeutend gesteigenen Devisenkurse wieder, bliebe kein betrüchtlicher Nutzen. Eine weitere Klärung der Lage ist abzuwarten, bis dies erwartet. Was die einzelnen Zweige des Marktes anbelangt, so ist zu erwähnen, dass die Nachfrage nach Eisenbahnmaterial kolossal ist. Es kann kaum noch etwas abgegeben werden. Auch der Auftragsbestand in Grobblechen ist grösser geworden, doch lange nicht derart, wie bei Feinblechen. Auch Stahleisen und Eisenbahnoberbaumaterial, sowie Röhren werden ungemein stark begehrt. Ebenso ist die Beschäftigung der Drahtwerke sehr rege. Die Preise für Roheisen sind neuerdings etwas in die Höhe gegangen, auch die Alteisenpreise zeigen eine aufwärtsstrebende Tendenz. Die Beschäftigung der Eisengiesereien ist noch ungleichmässig an nehmen. Im allgemeinen ist aber auch hier eine Zunahme der Aufträge in der letzten Zeit vorgekommen. Die Exportmöglichkeit der oberschlesischen Eisenindustrie ist bekanntlich in die Höhe gegangen, was aber dringend wünschenswert war, denn das Ausland hatte sich lange Zeit gänzlich zurückgezogen. Die Exportmöglichkeiten nehmen immer gezeigt, die doch auf die Ausfuhr in hohem Grade angewiesen ist. Diejenigen, die da meinen, der Schlesische Handelsstand werde bei übergrossem Absatz in das Ausland nicht gedeckt werden können, sind im Unrecht. Im übrigen werden sich die Verhältnisse ähnlich wie sie jetzt am Eisenmarkte bestehen, wohl auch längere Zeit fortdauern. Sie haben es zuwege gebracht, dass die beträchtliche Einlassung grösserer Arbeitermassen und die billigere Produktion in der ersten Hälfte des Eisen- und Stahlindustrie, wie sie allgemein vorausgesagt wurde, erfreulicherweise nicht eingetreten ist. Was später kommen wird, muss abgewartet werden.

Wirtschaftliches aus dem besetzten Gebiet.

Koblenz, 11. Oktober.

Kurz vor der Auflösung der wichtigen Sanktionen ist, wie uns geschrieben wird, das neueste Gebiet mit einer Massenein- und -ausfuhr orientierter Leute beglückt worden. Auf Anweisung von alliierten Delegierten hat das Ausfuhrbüro Köln für solche Tagesfahrten Fahrbewilligungen im Werte von mehreren Millionen Mark erteilen lassen. Es ist sehr bezeichnend, dass sich auch einige wenige deutsche Firmen an diesem für die verarmte deutsche Volkswirtschaft höchst unerwünschten Schleichgang, wenn auch nur in verhältnismässig geringem Masse, beteiligt haben. Der Markt vom 8. September d. J. ist zweifellos mit eine Folge der gewaltigen Laxusinfuhr, die sich unmittelbar vor dem Fallen der Rheinzollschranken durch das im übrigen vorläufig bis Ende diese Jahres immer noch offene Loch im Westen in geradezu überströmen Masse vollzogen hat. — Im besetzten Gebiet macht sich gegenwärtig ein erst empfindlicher Mangel an Eisenbahngüterwagen bemerkbar. Dieser ist jetzt etwa bloss die leider nach jahrelanger übliche Begleiterscheinung des Herbstverkehrs (Kartoffelernand usw.), sondern auch die unmittelbare Folge der Aufhebung der Rheinzollschranken, welche den schon lange künstlich gehemmten Verkehr wieder frei hat, sowie die bisher unbeachtet unverändert und fast beispiellos niedrigen Wagenstandes des Rhein-Ruhr-Gebietes ebenfalls zum natürlich in erster Linie die Kohlenlieferungen zu leiden, der auch die durch eine unzureichende Hochkonjunktur erfreuende Eisenindustrie, ferner die Kalliversorgung der Landwirtschaft und, wie wir erfahren, neuerdings auch das Baugewerbe. Wegen des anhaltend guten Wetters könnte immer noch Bau gebaut werden, die Wohnungsnot etwas gemildert werden, wenn nicht Mangel an Zement, der auch die Ausfuhr eingemacht, Güterwagen nicht herangeschafft werden kann, das Weiterbauen unmöglich machen. Es ist Zeit, dass die Reichsverkehrsministerium nach dem Rechten sieht und endlich einmal genügend Güterwagen erbauen lässt.

Die hohen Vieh- und Fleischpreise.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird uns zu dem in Nr. 470 veröffentlichten Artikel geschrieben:

Wenn die Viehpreise an den Schlachtviehmärkten und der Zentner Lebendgewicht bei den Vieh- und Fleischpreisen ist noch nicht so, dass sich die Preise für Rohleisen stad neuerdings etwas in die Höhe gegangen, auch die Altetisenpreise zeigen eine aufwärts- Dr. W. S.

Die neuen Preise für Stickstoffdüngemittel.

Wir haben bereits in unserer Nr. 470 vom 7. d. M. auf die bevorstehende Erhöhung der Preise für Stickstoffdünger um 50 bezw. 8 % hingewiesen. Der „Reichsanzeiger" Nr. 236 vom 11. d. M. veröffentlicht nunmehr die Verordnung des Reichsernährungsministeriums vom 7. Oktober 1921, die mit Wirkung vom 10. Oktober in Kraft tritt. Danach stellen sich die neuen Preise für 1 Kilogrammprozent Stickstoff in Pfennig:

1. Schwefelsaures Ammoniak	
a) für gedrillte Ware	1740
b) für gedarrte und gemahlene Ware	1800
2. Salpetersaures Ammoniak (Chloramonium)	1740
3. Natronsalpetersäure	1740
4. Natrumsalpeter mit 40 bis 45 v. H. Stickstoff	1740
5. Kalisammonsalpeter, hergestellt aus Ammoniaksalpeter und Chlorkalium	1740
Daneben kann der Kaligehalt mit den für Kali in Chlorkalium gelieferten bedeutenden Preisen in Rechnung gestellt werden.	
6. Natronsalpeter	2400
7. Knochenmehl-Ammoniaksalpeter mit mindestens 8 v. H. Stickstoff	1740
8. Gipsammonsalpeter (mit etwa 40 v. H. Gips)	1740
9. Ammonsulfatsalpeter	1740
10. Kalkstickstoff	1250
11. Blutmehl	1600
12. Hornmehl	1600

Für die unter 1 bis 10 aufgeführten Düngemittel gelten folgende Bestimmungen und Lieferungsbedingungen: Der Höchstpreis gilt Frachtfrei nach den deutschen Vollahn- oder Ausgangsstationen Kleinbahnstation. Zahlung: Barzahlung ohne Abzug. Zu 1 bis 9. Übernimmt der Verkäufer auf Wunsch des Käufers die Sicherung der vorstehend unter 1 bis 9 genannten Düngemittel in Säcken, so erfolgt die Berechnung mit 1 Mk. für den Sack. Zu 10. Soweit Kalkstickstoff nach dem 1. Juni 1921 auf Grund eines vorher abgeschlossenen Vertrages zu liefern ist, kann der Verkäufer an Stelle des Vertragspreises den Höchstpreis (Nr. 10) verlangen, vorausgesetzt, der Käufer unverzüglich nach Stellung des Verlangens durch den Verkäufer erklärt, dass er die Zahlung des Höchstpreises anerkennt. Lehnt der Käufer die Zahlung des Höchstpreises ab, so ist der Vertrag so zurückzutreten, als ob der Käufer gegenüber dem zustehenden Rechte insoweit vom Vertrage zurücktreten ist. Wird Kalkstickstoff in Säcken geliefert, so erfolgt die Berechnung brutto für netto. Bei verlangter 50-kg-Packung darf ein Aufschlag von 125 ℳ für den Papiersack berechnet werden. Zu 11 und 12. Soweit ausdrücklich Lieferung des Kalkstickstoffes in Papiersäcken vorschreibt, steht es dem Verkäufer frei, Kalkstickstoff in Jutesäcken zu liefern. Bei Lieferung in neuen Jutesäcken darf für den 75-kg-Jutesack ein Aufschlag von 10 ℳ berechnet werden. Für Blutmehl und Hornmehl gilt der Höchstpreis frachtfrei Waggon Station des Lieferwerkes.

Entscheidungen des Reichsfinanzhofes.

Wenn tut nun Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet? § 109 der Reichsabgabenordnung erklärt zur Abgabe einer Steuererklärung gehört für verpflichtet, und dem nach den Ermessen des Finanzamts die Möglichkeit einer Steuerpflicht ergeben ist. Diese Möglichkeit liegt aber schon dann vor, wenn gewisse Umstände für die Unterstellung einer subjektiven Steuerpflicht sprechen, während es darauf, ob die objektiven Voraussetzungen für die Erhebung der Steuer gegeben sind, nicht ankommt. Es gelte die einzuziehende Steuererklärung erst die Unterlagen für die Veranlagung verschaffen soll, ob eine Abgabe festzusetzen ist.

Zum Begriff der steuerpflichtigen Zahlung im Sinne des Reichsstempelgesetzes. Das Erbschaftssteuergesetz 1919 greift bei Gelegenheit der Erbfolge der Schenkungssteuer weit über die Schenkungen nach bürgerlich-rechtlichem Begriffe § 516 BGB. hinaus. Es erstreckt sich nach § 40 Abs. 1 der Schenkungssteuer allerdings zunächst die Schenkungen unter Lebenden, d. h. jene Schenkungen, die nach dem bürgerlichen Rechte als solche anzusehen sind. Es stellt aber ausdrücklich freigebige Zuwendungen unter Lebenden gleich, soweit der Bedachte durch sie auf Kosten des Zuwendenden bereichert wird (§ 40 Abs. 1 Satz 2). Zu den freigebigen Zuwendungen dieser Art gehören auch die Ausstattungen, die nicht nach § 1624 BGB. als Schenkungen anzusehen sind. Die Ausstattungen unterliegen daher als freigebige Zuwendungen der Steuer unter Lebenden grundsätzlich der Schenkungssteuer. Ausnahmen sind nur insoweit zulässig, als sie im Gesetz ausdrücklich vorgesehen sind. Eine solche Ausnahme enthält der § 40 Abs. 3 des Erbschaftssteuergesetzes. Danach sind aber nur Ausstattungen nicht steuerpflichtig, die nach Art und Umfang den Verhältnissen eines angemessenen Haushalts gewährt werden. Das deckt sich bei einer Tochter als der zweiten Ehe nach § 1620 BGB. einen Rechtsanspruch hat. Das Ausscheiden aus der Gemeinschaft des Haushalts gehörigen beweglichen Vermögens einschliesslich der zum persönlichen Bedarf der Tochter erforderlichen Kleidung und Wäsche. Eine solche Ausstattung liegt nicht vor, wenn Eltern ihren Kindern zu Zwecken ihrer wirtschaftlichen Stellung schenken, eine Verwertung des Grundstücks nie beabsichtigt war und auch nicht erfolgt ist, obwohl der Haushalt Bugst besteht.

Steuerpflicht einer nicht genehmigten Handelsniederlassung. Der Umstand, dass eine Handelsniederlassung die erforderliche ministerielle Genehmigung nicht erhalten hat, steht der Heranziehung zu den direkten Reichssteuern nicht entgegen, wenn eine gewerbliche Tätigkeit ohne Genehmigung ausgeübt ist.

Schlussnotenstempelpflicht bei Zeichnung von Aktien an den ersten Erwerber. Die Aktienübernahme durch den ersten Erwerber, gleichgültig, ob dieser zu den Gründern der Gesellschaft gehört oder eine dritte Person ist, ist dem Schlussnotenstempel unterworfen. Durch die Zeichnung der Aktien entsteht am 26. Juli 1918 ist im Zusatz 3 zu Tarifnummer 4a die Zeichnung von Aktien und Grund vorliegende Zeichnung ganz allgemein den Anschaffungsgeschäften gleichgestellt. Die Zeichnung von Aktien auf Grund vorhergehender Zeichnung unterliegt auch in Falle der Erhöhung des Aktienkapitals den Schlussnotenstempel.

Umsatzsteuerpflicht bei Besitzübertragung an einen Lagerhalter oder Spediteur oder Frachtführer. Die Besitzübertragung durch einen von Verfrachter bestellten Lagerhalter hat bereits nach dem Umsatzsteuergesetz die Steuerpflicht ausgelöst. Das Umsatzsteuergesetz 1918 hat an der Steuerpflicht des Verfassers nichts geändert, wenn der Verfasser eine Ware Ware, deren mitbetarer Besitzer er durch einen von ihm bestellten Lagerhalter übertragen. Wie ein Lagerhalter besitzt diese Besitzübertragung für den Steuerpflichtigen auf Grund eines mit diesem abgeschlossenen Vertrages. Den in der Person des Mittelmanns entstehenden Umsatz unterliegt der weiteren Übertragung auf die Kunden muss daher der Verfasserer gegen sich gelten lassen.

Deutsche Volkswirtschaft.

Hugo Stinnes und der Norddeutsche Lloyd. Nachdem bereits zu den ersten von Hamburg ausgehenden Gerüchten über Interessenfühlung Lloyd-Aktien durch Hugo Stinnes von der Verwaltung des Norddeutschen Lloyd erklärt worden war, dass ihr von Verhandlungen mit Stinnes nichts bekannt sei und sie die Ueberkäufe von Lloyd-Aktien durch Hugo Stinnes für unglaubwürdig hält, ist die Verwaltung nunmehr in der Lage, auf Grund Zuteilung an die Schutzvereinigung Herm Hugo Stinnes und Herrn Generaldirektor Stimes, die sich bekanntlich gleichzeitig mit dem Ankauf von Lloyd-Aktien durch oder für Rechnung Hugo Stinnes nicht die Redeeinigung. Dr. W. S.

Neuer Stinnes-Dampfer. Der Bremer Hanseladampfer „Kronenfels", der bisher in England unter englischer Flagge gefahren hat, ist von der Firma Hugo Stinnes erworben worden. Der Dampfer ist mit einer Tiefladung in Hamburg eingetroffen und wird dort löschen. Nach Ueberholung des Dampfers auf einer Werft wird er den Namen „Scheer" erhalten.

Der Umschlagsverkehr im Bremer Hafen im Juli und August 1921. Nach einer Statistik des Spediteurvereins Bremen hat der Umschlagsverkehr sich im Seeverkehr der Umschlag im Juli 1921 auf 129 062 t (gegen 88 365 t im gleichen Monat des Vorjahres) und im August 1921 auf 166 224 (83 101 t); es handelte sich in der Hauptsache um Lebensmittel, Getreide, Futtermittel, Kaumwolle, Garne, Getreide, Futtermittel, Reis, Tabak, Kaffee, Tee, Wein, Obst, Gummi, Gummi, Asphalt, Felle, Holz, Salz, Korkholz, Glas, Chlaswaren, Papier, Erz, Kohlen, Eisen, Drahtschrott, Kupfer, Bleiblock, Spelter, Stückgüter. Im Binnenschiffahrtsverkehr wurden im Juli 7 640 t (19 666 t) und im August 5 245 t umgeschlagen, und zwar hauptsächlich Kohlen, Koks, Steine, Erden, Eisenbahnschienen, Palmöl, Zucker, Futtermittel, Gerbstoffextrakt, Waschmittel und Stückgüter. Im Eisenbahnverkehr wurden im Juli 92 938 t (66 617 t) und im August 113 907 t (78 855 t) behandelt, wobei es sich im wesentlichen um Baumwolle, Baumwollgarn, Kaffee, Tee, Getreide, Futtermittel, Mehl, Reis, Kaffee, Oel, Petze, Wein, Bier, Tabak, Gummi, Asphalt, Harz, Zucker, Leim, Eisen, Draht, Kupfer, Phosphat, Schwefelkies, Schrott, Granitsteine, Maschinen, Maschinenteile, Korkholz, Zeuvaren, Spielwaren und Stückgüter gehandelt hat.

Der amerikanische Außenhandel im September. Washington, 11. Oktober. (Funkspruch.) Im Monat September wurden Waren im Werte von 525 Mill. Doll. exportiert gegen 375 Mill. Doll. im Vormonat und 606 Mill. Doll. zur gleichen Zeit des Vorjahres. Eingeführt wurde Waren im Werte von 180 Mill. Doll. gegen 194 Mill. Doll. im Vormonat und 362 Mill. Doll. zur gleichen Zeit des Vorjahres. In der Zifffer für den Export ist eine Summe von 2 448 000 Doll. Gold und eine Summe von 1 920 000 Doll. Silber einbegriffen. In den Einfuhrziffern ist eine Summe von 66 515 000 Doll. Gold und 4 565 000 Doll. Silber einbegriffen.

Getreideausfuhr aus den Vereinigten Staaten. New York, 11. Oktober. Aus dem Getreideausfuhrgeschäft der Vereinigten Staaten wurden seit dem 1. September 1921 folgende Mengen Getreide und Mehl ausgeführt:

nach	Weizen qrs.	Mehl Sack	Mais qrs.	Hafer qrs.
Grossbritannien,	315 000	94 500	193 000	12 000
Deutschland,	23 000	52 000	170 000	—
Belgien,	95 000	1 000	15 000	2 000
Holland,	129 000	2 500	15 000	—
Skandinavien,	24 000	15 500	8 000	4 000
Italien,	35 000	1 500	—	—
Spanien u. Portug.	21 000	—	—	—
Griechenland,	27 000	—	—	—
Asien,	—	62 500	—	—
Übrige Europa	27 000	14 000	—	—
Zusammen:	1 044 000	223 500	381 000	24 000
Vorwoche:	554 000	193 000	354 000	14 000
Seit 1. Juli:	13658000	2987 000	3 941 000	526 000

Die Ausfuhr nach Skandinavien enthält auch die Mengen für Finnland und Estonia (1 Imperial quarter = 290,7592 l).

Aus der mexikanischen Petroleumindustrie. Die mexikanische Regierung hat eine Gesellschaft, die „Mexican Eagle" beschlagnahmt, weil sich die Gesellschaft geweigert hat, der Millionen Gulden pesos Steuern zu bezahlen. Das Embargo wurde in Tuxpan und Tampico, Mexiko, verhängt. Die Angestellten dürfen die Werke nicht betreten. Von den Schiffen ist es untersagt, im Hafen von Tampico zu laden oder zu löschen. „Tribune" bestätigt das Eindringen von Salzwasser in die Bohrlöcher. Es handelt sich um Zacamixtle und Amatlan, woraus den Gesellschaften Wasser Schaden erleiden. Infolge des Streiks erfolgen Rückgänge im September sind die Bohrungen nach neuen Oelquellen eingestellt worden, wodurch die Bohrungen ebenfalls Verzögerungen erfahren.

Sowjetrussland Bestellungen in Deutschland. Wie uns gemeldet wird, haben die bereits während der Leipziger Ausstellung in Angriff begonnenen Verhandlungen mit der Firma Lanz in Mannheim von einer Bestellung einer ganzen Reihe von Lokomotiven auf landwirtschaftliche Maschinen geführt. Die Gesamtsumme beträgt mehrere Millionen Mark und müssen bis zum 1. Januar 1922 abgeliefert sein.

Der ungarische Notenumlauf. Der Stand des ungarischen Notenumlaufs ist eine Vermehrung des Notenumlaufs gegenüber dem September von 655 Mill. Kronen auf. Der Stand hat das Notenkontingent bei weitem überschritten. Die dadurch entstandenen Portefeuille befinden sich ausschliesslich in den Beständen der Gesellschaft. Die verfügbaren sekomprtierten Wechsel und Wertpapiere.

Das Aktienwesen in Bulgarien. Die Aktiengesellschaften in Bulgarien nahmen in den letzten Jahren einen grossen Aufschwung. Nach einer, dem soeben erschienenen Jahrbuch des Handels, der Industrie und Industrie-Almanach für 1921/22 (zusammengestellt von Pilipp Savadjieff, Direktor der Handelskammer in Sofia) ist die Zahl der bereits bestehenden Staatsdruckerei in Wien, Auslieferung für Deutschland F. O. Krüger, Verlag Berlin-Wilmersdorf, Preis 50 M. plus 10 % Zuschlag), entnommen. Nach Angaben des Jahrbuchs ist gegenwärtig 474 Aktiengesellschaften. Von diesen sind: 9 Unternehmungen für Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei, 1 Bergwerk, 245 industrielle Industrieunternehmungen, 14 für Transporte, 252 für Handel, 165 Bankgesellschaften, 1 für Versicherungsanstalten) und 67 verschiedene. Von der Gesamtzahl der Gesellschaften sind 53,3 % Handelsgesellschaften und 46,7 % industrie- und andere Gesellschaften. Die Kreditunternehmen stellen 49 % der Aktiengesellschaften, 15 % Versicherungsgesellschaften und 15 Versicherungsgesellschaften. Die Aktiengesellschaften haben 1 Mill. Leva und darüber 1 Mill. Leva und darüber 1 Mill. Leva und darüber